Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

212 (13.9.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible]TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 50 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand[illegible] / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvol[illegible] / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

[illegible]eis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Er[illegible] wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle [illegible]redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

[illegible]ummer 212 — Karlsruhe, Dienstag, den 13. September 1932 — 52. Jahrgang

Vorwärts! Parole Freiheit!

Der Unglücks-Reichstag aufgelöst – „Stiefele mußte sterben, war noch so jung, so jung ...“

Blamable Minderheit für die Barone – Nazimanöver aus Wahlangst

SPD. fordert: Volksurteil gegen Sozialraub

WTB. **Berlin**, 12. September

Im Reichstag wurden die Anträge auf **Aufhebung der Notverordnung** und die **Mißtrauensanträge** mit **513** gegen **32** Stimmen bei 50 Enthaltungen angenommen. Präsident Göring teilte dann das ihm inzwischen überreichte **Auflösungsdekret** mit und erklärte, daß dieses Schreiben, das nunmehr gegengezeichnet sei von einem Reichskanzler und einem Reichsinnenminister, die durch das Mißtrauensvotum als gestürzt zu gelten hätten, hiermit **hinfällig** geworden sei.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages

WTB. **Berlin**, 12. September

Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September cr. verlangt.

Berlin, den 12. September 1932

Reichspräsident: v. Hindenburg

Reichskanzler: v. Papen

Der Reichsminister des Innern: v. Gayl

*

[illegible]urcht vor dem Spruch der Volksvertreter; das ist es, was [illegible] Reichsregierung v. Papen beherrscht. Sie weiß, daß ihr [illegible]trauen im Volk gleich Null ist. Darum der **unwürdige** [illegible]lauf des Reichskanzlers an sein Ziel, den Inhalt der [illegible] Auflösungsmappe, die Urkunde des Reichspräsidenten [illegible] dem Reichstagspräsidenten zu deponieren, ehe das **Par**[illegible]**ent** zu einer **Abstimmung** kommen konnte.

[illegible]er Reichstag ist aufgelöst, darüber herrscht juristisch kein [illegible]eifel. Die Sozialdemokratie tut Recht daran, sich an einem [illegible]ödienspiel der Nationalsozialisten, das mit den Zwirns[illegible] parlamentarischer Geschäftsordnung ein weltgeschicht[illegible]s Ringen aufhalten will, nicht zu beteiligen.

Wir gehen ins Volk und kämpfen, auf die Volksmassen [illegible]estützt, um die Wiederherstellung der Demokratie, [illegible]eren Sinn und Geist von dieser Regierung Papen und Konsorten stündlich verletzt wird.

[illegible]ieser **zweite** und **letzte** Tag des am 31. Juli gewählten [illegible]aments war lehrreich genug. Er bot den überfüllten [illegible]ünen und der dicht besetzten Diplomatenloge, in der auch [illegible] französische Botschafter Poncet und sein englischer Kollege [illegible]nbold saßen, ein

[illegible]ild der zerrissenen und verworrenen Zustände in Deutschland.

[illegible] der Ministerbank das Gesicht der herrschenden Klasse. [illegible]chtkapitalismus, hohe Bürokratie und der Reichswehrge[illegible]al. Alles im dunkeln Zivil. Der Reichstagspräsident Gö[illegible], wie die meisten seiner Fraktionskollegen im schlichten [illegible]gerrock, eröffnet ohne jede Sensation die Sitzung. Der [illegible]mmunist Torgler steht schon auf dem Sprung zur Rednerbühne. Er beantragt, **vor** der Erklärung der Reichsregierung auf die Tagesordnung zu bringen: Die **Abstimmung** über die Anträge, die die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und das Mißtrauen gegen die Regierung von Papen fordern. Solche Anträge liegen von der Sozialdemokratie und den Kommunisten vor.

Der Abgeordnete **Löbe** widerspricht dem kommunistischen Wunsche nicht, aber er unterstreicht, was schon Torgler gesagt hat, daß der **Widerspruch eines einzelnen Abgeordneten genügt**, um den komunistischen Geschäftsordnungsantrag unmöglich zu machen.

Außerdem belehrt Löbe lächelnd den Abgeordneten Torgler dahin, daß dieser dem Reichskanzler geradezu den Tip gegeben habe, vor der Abstimmung über seine Rede die Erklärung der Auflösung auszusprechen.

Torgler hatte nämlich darauf verwiesen, daß der Reichskanzler zu jeder Zeit das Wort nehmen könne. Löbe beantragte, um auf jeden Fall ein sofortiges Inkrafttreten der Notverordnung zu verhindern, es möge als zweiter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden: „Die Notverordnungen vom

Volksbegehren der SPD.

Fort mit den ungeheuerlichen und arbeiterfeindlichen Notverordnungen!

Der **Vorstand** der **sozialdemokratischen** Partei hat beim Reichsminister des Innern noch **vor** der Auflösung des Reichstags die Einleitung eines **Volksbegehrens** zur **Aufhebung** der **sozialpolitischen Bestimmungen** der letzten Papen-Notverordnung beantragt.

Die Sozialdemokratie ruft das Volk, sie ruft alle Arbeiter und Angestellten.

Wehrt euch, greift an!

In der letzten Notverordnung hat sich die Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, mit der Sozialpolitik und mit den Arbeiterrechten zu machen, was sie will. So hat es die Reaktion verlangt. Nur soll das Tarifrecht durchlöchert, eine neue allgemeine Lohnsenkung durchgeführt werden. Auch alle übrigen sozialen Einrichtungen sind in Gefahr.

Vom Reichstag ist eine Hilfe zunächst nicht zu erwarten. Sein Wille wird mißachtet, er wird von der Regierung aufgelöst werden. Jetzt muß das Volk selbst sprechen, unmittelbar und unmißverständlich.

Es hat das Recht, es hat die Macht dazu!

Die sozialdemokratische Partei weist den Weg. Noch **vor** der Auflösung des Reichstags hat sie beim Reichsinnenminister den Antrag gestellt, über einen von ihr eingebrachten Gesetzentwurf zur **Aufhebung** des sozial-politischen Teils der Notverordnung das Volksbegehren einzuleiten. Die Grundlagen für den Einbruch in die Tarifverträge, für einen Lohnraub und für den Generalangriff auf die Sozialpolitik sollen zerschlagen werden. Dieses Volksbegehren muß zugelassen werden, es kann nicht verhindert werden.

Die **Sozialdemokratie** hat sich darauf beschränken müssen ihren Vorstoß gegen den **sozialpolitischen** Teil der Notverordnung zu richten. Sie mußte das tun, da Bestimmungen, die den Haushaltplan oder die Abgabegesetze berühren, nach der Verfassung nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen. Aber der sozialpolitische Teil verletzt auch die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten am meisten. Er ist deshalb der wichtigste und entscheidenste.

Die Reichsregierung beruft sich bei ihrem Vorgehen auf den **Willen des Volkes**, wie es bei der Präsidentenwahl unmittelbar zum Ausdruck kommt.

Wohlan! Wir wollen diesen Weg gehen

Die Sozialdemokratie appelliert direkt an das Volk, jetzt unmittelbar seinen Willen zu bekunden. Es soll der Sozialreaktion sein unerbittliches Nein entgegensetzen. Ein direkter Entscheid des Volkes soll stattfinden über das Recht der Arbeiter in Deutschland, dieses Staates, dessen Existenz auf der Leistung der Arbeiter und Angestellten beruht. Der Wille des Volkes soll entgegengesetzt werden der Diktatur einer kleinen Herrenschicht. Großagrariern und Schwerkapitalisten soll die Macht entrissen werden, die sie sich angemaßt haben.

Der Kampf wird den Sieg bringen

Es muß ein großer und gewaltiger Sieg werden. Ein Sieg, der jeden Widerstand erdrückt. Von Haus zu Haus, von Mund zu Mund muß die Kunde getragen werden:

Wir greifen an, wir schlagen zu

Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, jeder Anhänger des Wohlfahrtsstaates, jeder Feind des Armutstaates muß von unserem Kampf erfaßt werden. Verbunden mit unserer Wahlarbeit für ein arbeitsfähiges jede Art der Diktatur abwehrendes Parlament der Freiheit geht die Werbung für die direkte Aktion des Volkes.

Unsere Parole lautet:

Kampf der kapitalistischen Offensive! Baut auf, den Staat der Arbeit, des Wohlstandes und der Freiheit!

*

Der Gesetzentwurf über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend ihre sozialpolitischen Maßnahmen lautet:

„Der Reichstag hat auf das Volksbegehren das vorliegende Gesetz beschlossen, daß mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Der zweite Teil, „sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 57, Seite 428 ff) wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

4. September und vom 5. September, soweit sie noch nicht in Kraft sind, werden nicht in Kraft gesetzt, bevor der Reichstag entschieden hat."

Aber zur **allgemeinen Verblüffung** erhebt der deutschnationale Fraktionsführer Dr. **Oberfohren**, der im Aeltestenausschuß Widerstand gegen die sofortige Abstimmung angekündigt hatte, **keinen Widerspruch.** Auf Veranlassung der Papenmänner, oder warum? Jedenfalls hätte nun sofort über die sozialdemokratisch-kommunistischen Aufhebungs- und Mißtrauensanträge entschieden werden können.

Da macht der nationalsozialistische Führer Dr. Frick einen Versuch zur Rettung Papens und der schwarzbraunen Koalitionsverhandlungen.

Er beantragt, die Sitzung um eine halbe Stunde zu unterbrechen. Die **Angst** der Nationalsozialisten vor der sofortigen **Auflösung** wird deutlich sichtbar. Sie klammern sich an diesen parlamentarischen Kniff, an diese halbe Stunde, in der Hoffnung, daß bis dahin ein **Dreh zwischen ihnen und dem Zentrum** gefunden sei, um die entscheidenden Abstimmungen einige Zeit hinauszuschieben.

Die **Sozialdemokratie** ist jede Stunde kampfentschlossen und zum Kampf bereit. Sie macht diesen Winkelzug nicht mit. Sie stimmt gegen die Unterbrechung der Sitzung.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wird aber die Unterbrechung der Sitzung beschlossen.

In der kurzen Pause faßt der sozialdemokratische Parteivorstand ohne jede Aussprache in einmütiger Begeisterung einen Beschluß, der die Entscheidungen aus dem Parlament in das Volk verlangt, ganz unabhängig davon, ob die Auflösung des Reichstags, was in diesem Augenblick noch zweifelhaft war, erfolgt oder nicht.

Otto Wels trägt der Fraktion vor, daß er dem Reichsinnenminister inzwischen einen Antrag auf ein Volksbegehren überreicht hat, das die Streichung sämtlicher sozialpolitischer Bestimmungen der Notverordnung fordert, also klarer Volkskampf gegen die Sozialreaktion.

Die Eröffnung der neuen Sitzung verzögert sich. **Zentrum** und **Nationalsozialisten verhandeln und verhandeln. Sie wollen die Auflösung vermeiden.** Sie suchen einen Weg, der die sofortige Abstimmung über die sozialdemokratisch-kommunistischen Anträge verhindert. Dieser Weg ist aber inzwischen durch den **Reichskanzler** verbaut worden. Er ist zur **sofortigen Auflösung** entschlossen. Er betritt mit der **roten Mappe** den Saal und **knallt sie nervös auf seinen Platz.**

In seiner deutlich sichtbaren Aufregung ist er jedoch der parlamentarischen Situation nicht gewachsen. Statt sich sofort zu erheben und die Order zu verlesen, trat er unentschlossen und aufgeregt in den Saal.

So verpaßt er seinen großen Augenblick.

Der Reichstagspräsident ruft zur Abstimmung über die Auflösung und die Mißtrauensanträge auf. Da plötzlich wird der Reichskanzler lebendig. Er bittet ums Wort. Der Präsident erwidert, daß das Haus in der Abstimmung ist und er deshalb das Wort nicht erteilen kann. **Der Reichskanzler ist ratlos.** Er geht auf seinen Platz zurück und scheint die Auflösungsorder verlesen zu wollen, sieht aber wohl ein, daß das in der allgemeinen Unruhe und in dem Höhngelächter nicht möglich ist. Irgendwer flüstert ihm seinen Rat zu. Der Reichskanzler geht erneut zum Präsidenten, um ihm ein Schriftstück, natürlich die Auflösungsorder, zu überreichen. Der Präsident beachtet den Reichskanzler und sein Papier, das dieser wie eine Bittschrift in der Hand hält, überhaupt nicht. Schließlich findet der Reichskanzler den Ausweg, das Dokument dem deutschnationalen Schriftführer Laverenz zu überreichen, der es in Empfang nimmt. Nachdem er so seinen Brief irgendwem abgegeben hat, verläßt der Reichskanzler unter brausendem Gelächter der großen Mehrheit im Abgeordnetenparkett den Sitzungssaal und die Minister folgen ihm im Gänsemarsch.

Der Schriftführer und die Fraktionsdiener eilen zum Einsammeln der Abstimmungskarten durch den Saal. In den Fraktionen und zwischen den Fraktionen beginnt ein lebhafter Meinungsaustausch über die staatsrechtliche Lage: „Ist der Reichstag aufgelöst? Sind die Abstimungen, die jetzt vorgenommen werden, noch gültig? Was wird geschehen?

Die weiland **Harzburger** geraten in den **schönsten Krach.** Vor genau einem Jahr haben sie in Harzburg ihre Front gegründet. Jetzt fliegen **Drohungen** hin und her. Nationalsozialisten rufen: **„Hugenberg raus!"** Oberfohren und Graef werden von Nationalsozialisten **beschimpft.** Tief und breit zeigt sich der Riß auf der Rechten.

Die **Abstimmung** ist geschlossen. Der Reichstagspräsident verkündet, daß 513 Abgeordnete **für die Aufhebung der Notverordnung** und **für das Mißtrauen** gestimmt haben. 50 Abgeordnete haben sich enthalten, 32 Abgeordnete haben mit nein gestimmt.

Die Reichsregierung v. Papen hatte also in diesem Reichstag unter 608 Mitgliedern ganze 32 Mannen hinter sich.

Das wenigstens hat diese Abstimmung erwiesen, auch wenn sie nur den Charakter einer Demonstration trägt.

Der Reichstagspräsident erklärte, daß er dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort habe nicht geben können. Nachher sei er bereit gewesen, dem Reichskanzler das Wort zu erteilen. Durch den vorliegenden Beschluß sei die Reichsregierung gestürzt und die **Auflösungsorder sei hinfällig geworden,** da sie von einem Reichskanzler und Reichsinnenminister gegengezeichnet sei, denen der Reichstag das Mißtrauen ausgesprochen habe. Der Nazipräsident schickte sich dann an, die **schmutzige Wäsche** der ehedem **Harzburger Front** vor dem Volke auszubreiten. Er wandte sich **gegen** das Verhalten des **Vizepräsidenten Graef** im Hause des Reichspräsidenten, eine lächerliche Polemik, denn alle Welt weiß, daß die **Nationalsozialisten selbst diesen Vizepräsidenten gewählt haben.** Er konnte nur durch die Nationalsozialisten Vizepräsident werden. Nicht minder komisch ist die Kampfansage des Nazipräsidenten gegen den Reichskanzler und gegen die Reichsregierung, denn die Nationalsozialisten haben die **Reichsregierung Papen in den Sattel gehoben.** Adolf **Hitler** höchstselbst hat **dem Reichspräsidenten das Gelöbnis treuer Gefolgschaft für Papen** abgelegt, und er hat — eine Seltenheit bei dem Nazi-führer — sein Ehrenwort monatelang gehalten.

Im Pathos eines **Schmierenschauspielers** gelobte der Nazipräsident, dieser geschworene Feind der Demokratie und jeder freiheitlichen Verfassung, die Rechte der deutschen Volksvertretung zu wahren. Die Linke lachte ihn aus, und dieses Lachen wird sich draußen millionenfach im deutschen Volk fortsetzen. Kein Mensch mit gesundem Sinn wird den antidemokratischen, den antiparlamentarischen, den diktatorischen Nazis glauben, daß sie die Volksvertretung retten wollen. Nein,

diese Komödianten fühlen sich nur betrogen.

Sie wollten selber diktieren und erkennen nun, daß sie dumm genug andere Diktatoren zur Herrschaft gebracht haben.

Die Reichstagsauflösung ist da. Wir fürchten im Gegensatz zu den Nationalsozialisten die neue Volksbewegung nicht. Wir rufen das ganze deutsche Arbeitsvolk in Stadt und Land zum Kampf auf. Was Nazisiege bedeuten, ist nun allgemein sichtbar: Verschlechterung der Wirtschaftslage, immer größere Verelendung der Volksmassen, Ausschaltung der Volksrechte, diktatorische Herrenregierung, außenpolitische Isolierung Deutschlands, reaktionäre Politik auf der ganzen Linie!

Die Nationalsozialisten sind politisch und wirtschaftlich ohnmächtig und unfähig. Sie sind nur Schrittmacher hoher kapitalistischer und militärischer Diktatoren. Der kommende Wahlkampf muß diese Politik des Unheils schlagen.

Zur Rettung Deutschlands, zur Rettung des europäischen Friedens, zur Rettung der deutschen Sozialpolitik, zum Niederringen der sozialen Reaktion und für ein freies, sozialistisches Deutschland tritt nun die Sozialdemokratie zu einem Wahlkampf unerhörten Ursprungs und unerhörten Ausmaßes ein. Wir sind nicht zu zerstören, wir sind nicht zu entmutigen. In eiserner Treue bleibt die Eiserne Front geschlossen und stößt zum Angriff vor. Die Zukunft Deutschlands verlangt die Niederlage der Nationalsozialisten, verlangt die Einigung des sozialistischen Arbeitervolkes durch den Sieg der Sozialdemokratie.

Die Faust empor! Das ganze deutsche Arbeitsvolk einig in dem Ruf und in dem Willen:

Freiheit!!

Die Wahlrede des Papenheimers

Wenn die Rede, die der Reichskanzler am Freitag vortragen wollte, den Zweck haben sollte, mit ihren scharfen Wendungen gegen die Demokratie und die Reichsverfassung, mit ihrem Appell an den Kapitalismus und das Christentum eine Mehrheit hinter das Kabinett von Papen zu bringen, so hat sie durch die bekannten Vorgänge im Reichstag ihren Zweck verfehlt.

Wenn die Reichsregierung sich aber dem Glauben hingibt, daß diese Rede im Volke eine Begeisterung für das Kabinett der Barone und seine Ziele erwecken wird, so unterliegt sie einer gewaltigen Täuschung. Namentlich das arbeitende Volk wird auf diese Rede, die ein Bekenntnis zum Kapitalismus darstellt, antworten mit dem entschiedensten Willen der Verteidigung seiner Rechte und mit dem Willen zum Kampf gegen alle reaktionären und verfassungsfeindlichen Bestrebungen.

Nur eine dünne Schicht des deutschen Volkes wird es sein, die diese Rede mit Begeisterung aufnehmen wird. Jene Schicht des Herrentums, die zur Herrschaft über das Volk gelangen will, und diese Herrschaft auch verfassungsmäßig stabilisieren will.

Herr von Papen hat sich in seiner Programmschrift als die Stimme der Nation, als den Vollstrecker des wahrhaften deutschen Volkswillens hingestellt. Es ist sein Unglück, daß diese Rede gehalten worden ist, nachdem die Abstimmung im Reichstag zustande gekommen ist. Mit 513 gegen 32 Stimmen haben die Reichstagsabgeordneten sich gegen das Kabinett von Papen wie gegen seine Pläne erklärt. Wie immer es auch um die Rechtsgültigkeit dieser Abstimmung und um die Frage steht, ob sie staatsrechtliche Wirkungen haben wird, so hat sie dennoch ihre gewaltige Bedeutung als Willensdemonstration gegen Papen und seine Freunde! Wer angesichts dieser Willenserklärung sich fernerhin als den wahren Vertreter der Nation und des Volkswillens bezeichnet, der muß die Absicht haben, auf diktatorischem Wege seinen Willen über den Volkswillen zu setzen, der sich auf diesem verfassungsmäßigen Wege kundgetan hat.

Es war zu erwarten, daß die programmatische Erklärung des Herrn von Papen eine Kampferklärung sein wird gegen alles, was wir seit Jahrzehnten vertreten und erkämpft haben, eine Kampferklärung gegen das Recht der Arbeit, wie es unseren Anschauungen entspricht, gegen die politische Freiheit des Volkes im Rahmen der demokratischen Verfassung, die wir geschaffen haben, gegen unsere Auffassung von Volkssouveränität und vom freien staatlichen Leben eines Volkes in dem Rahmen, den es sich selbst gesetzt hat.

Wir werden auf diese Kampferklärung mit Kampf antworten. Wir werden den Kampf führen im Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Notverordnung der Regierung von Papen. Wir werden nicht dulden, daß diese Regierung sich zum Herrn über Deutschland aufwirft ohne vom Volke dazu eine Legitimation zu besitzen.

Politische Advokatendebatte

Ueber die Rechtmäßigkeit der Reichstagsauflösung

Zur Entscheidung stehen: Machtfragen, nicht Tüfteleien

Die jüngsten Vorgänge im Reichstag haben einige verfassungsrechtliche Fragen aufgerollt, die für die weiteren politischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, aber nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Auflösung des Reichstags im Juni d. J. erfolgte, weil die Zusammensetzung des Reichstags angeblich nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. In der neuesten Auflösungsverfügung ist als Anlaß die Gefahr der Aufhebung einer lebenswichtigen Verordnung des Reichspräsidenten bezeichnet. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß in beiden Fällen nicht der angegebene Grund maßgebend war, sondern daß den eigentlichen Anlaß der Wille des Reichspräsidenten bildete, die Regierung v. Papen gegen eine Mißtrauenskundgebung des Reichstags zu schützen. Jedenfalls verstößt es aber gegen den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung, wenn der Reichspräsident die Ausübung verfassungsmäßiger Rechte des Reichstags (insbesondere das Verlangen des Reichstags eine Verordnung nach Art. 48 RV. außer Kraft zu setzen oder der Regierung das Vertrauen zu entziehen), durch Auflösung verhindert. Das würde in der Konsequenz schließlich dazu führen, daß der Reichstag durch die Diktatur oder Gewalt des Reichspräsidenten gänzlich ausgeschaltet und ersetzt werden könnte.

Von dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten ist am Montag im Reichstag die Auffassung vertreten worden, daß die Auflösung deshalb unwirksam sei, weil er die Auflösungsverfügung dem Reichstag erst nach dem Beschluß des Reichstags, der Regierung v. Papen das Vertrauen zu entziehen, bekannt gegeben habe und ein gestürzter Reichskanzler die Auflösung des Reichstags nicht mehr gegenzeichnen könne. Die Rechtswirkung der Auflösung tritt ein, wann sie dem Reichstag zugegangen ist. Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auflösungsverfügung ist in der Praxis wenigstens, mehrmals als rechtsgültige Auflösung hingenommen worden. Für die rechtliche Wirksamkeit der Auflösung ist es nicht erforderlich, daß der „Empfänger" von der Verfügung Kenntnis nimmt. Er könnte sonst durch Verzögerung der Kenntnisnahme, z. B. Verweigerung der Annahme eines eingeschriebenen Briefes, den Eintritt der Rechtswirksamkeit beliebig hinausschieben.

Gleichviel, wie man sich zu der Rechtmäßigkeit der Auflösung stellt, der Reichstag hat nach der Verfassung nicht das Recht zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen ihm und der Reichsregierung oder dem Reichspräsidenten, etwa den Staatsgerichtshof einzuberufen. Der Kampf zwischen Reichstag und Reichsregierung ist deshalb ein reiner Machtkampf geworden, der durch die Neuwahlen ausgetragen wird. Erst der neugewählte Reichstag hat, wenn er die Auflösung des alten für verfassungswidrig hält, nach Abs. 59 der RV. die Möglichkeit, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister wegen schuldhafter Verfassungsverletzung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Ein solcher Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens hundert Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Ob die neuen Hüter der Verfassung, die Nationalsozialisten, einen solchen Antrag unterstützen werden, läßt sich bei der Jugend ihrer Verfassungstreue nicht voraussagen.

Frankreichs Antwort

WTB. **Berlin**, 12. Sept. Die **Antwort**, die die französische Regierung auf die deutsche Denkschrift zur Gleichberechtigungsfrage übergeben hat, ist nunmehr veröffentlicht worden. Diese stellt eingangs fest, daß die französische Regierung alles getan habe, um ein ordnungsmäßiges Fortschreiten der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Sie habe ihren Willen zur Herabsetzung der Rüstungen dadurch bewiesen, daß sie die Wehrausgaben um etwa 1,5 Milliarden Franken herabgesetzt habe. Grundsätzlich sei die französische Regierung der Auffassung, daß man nicht nach Aufrüstung Einzelner streben dürfe, sondern nur nach einer kontrollierbaren allgemeinen Abrüstung. Was den Vorwurf betreffe, daß Frankreich durch die Vertretung der Sicherheitsthese einen verschleierten Imperialismus verdecken wolle, so sei nichts falscher als das.

Die Antwort kommt auf den Abschnitt VII der deutschen Note zu sprechen, wo von organisatorischen Aenderungen bei der deutschen Wehrmacht gesprochen wird, und stellt fest, daß es sich hier um eine **Aufrüstung** handle, auf einer solchen breiten Grundlage, daß das Wettrüsten von neuem beginnen würde. Frankreich könne allein eine Antwort nicht erteilen, da das gesamte Rüstungsregime der Welt davon berührt würde. Die Entscheidung liege allein beim Völkerbund. Vor ihm werde Frankreich gegebenenfalls die Gründe darlegen, die es hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen. Nicht die Rückkehr auf den alten Weg der Vorbereitung zum Kriege sei das Ziel der französischen Bestrebungen, sondern nur ein Fortschreiten in der Organisation des Friedens.

Deutscher Reichstag

VDZ. **Berlin**, 12. Sept. Die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Am Tisch der Reichsratsbevollmächtigten sitzen an der ersten Stelle, wie früher, der durch den Reichskommissar seines Amtes enthobene preußische Ministerialdirektor Dr. Badt. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind vollzählig erschienen.

Von den Nationalsozialisten haben diesmal nur wenige die Parteiuniform angelegt.

Reichstagspräsident Göring, der gleichfalls in **Zivil** erschienen ist, eröffnet um drei Uhr die Sitzung und verkündet das bereits mitgeteilte Ergebnis der Schriftführerwahl. Es sind unter den Schriftführern dieses Reichstages keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten.

Zur **Geschäftsordnung** begründet Abg. **Torgler** (K.) eine Abänderung der Tagesordnung. Seit der letzten Sitzung sei jene Notverordnung erschienen, die die Arbeiterschaft zugunsten der Reichsbahn in schlimmster Weise belaste. Das Schicksal der Arbeiterklasse dürfe nicht abhängig gemacht werden von den Verhandlungen über das Schicksal des Reichstages. Früher hätten die Nationalsozialisten so etwas „Kuhhandel" genannt. Von den Kommunisten wurde darum beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und den Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung. Sollte, wie zu erwarten, diesem Antrag wider-

Neustadt a. H. Mannheim hatte allein über **300 Mann** entsandt, weiter **Heidelberg, Weinheim** und andere badische Orte. Vom Saargebiet kamen Hundertschaften aus Saarbrücken, Homburg, Neunkirchen und St. Ingbert. Sonntag vormittag 9 Uhr formierte sich ein über **6000 Teilnehmer** zählender Zug zum Ehrenfriedhof, der unterwegs durch noch anlangende Abteilungen stets neuen Zuzug erhielt und dessen Vorbeimarsch bei der Rückkehr zur Stadt ¾ Stunden dauerte. Rund 300 Spieleute, vier Musikkapellen und etwa 80 Fahnen wurden mit im Zuge mitgeführt.

Nach der Totenehrung mit Choral und Kranzniederlegung folgte gegen 11 Uhr **der Enthüllungsakt,** zu dem sich auf dem Hilgard-Platz **15 000 Menschen** angesammelt hatten. Musik und Chorgesang leiteten die Feier ein. Chefredakteur Braun-Saarbrücken, Mitglied des Saarländischen Landesrats, hielt die Weiherede. Dann fiel unter Musikklängen die Denkmalshülle. Rechtsanwalt Wagner-Ludwigshafen stellte das Denkmal unter den Schutz der Zweibrücker, Saarländer und Pfälzer Republikaner, worauf die **Zentrums-Partei,** die **Deutsche Staatspartei** und die **Sozialdemokratische Partei** Kränze niederlegen ließen.

Zur großen Grenzlandkundgebung auf der Rennwiese war u. a. der frühere Reichsinnenminister Severing eingetroffen, der die Hauptansprache hielt und die Zweibrücker Kundgebung der Pirmasenser Grenzlanddemonstration gegenüberstellte. Die heutigen Verhältnisse in der Reichshauptstadt bezeichnete er als vorübergehend, trat für eine Revision der Versailler Bestimmungen ein und rief die Erschienenen auf, sich bereit zu halten für die Verteidigung der Demokratie und Republik.

Auf dem grünen Rasen folgten dann Reichsbanneraufmärsche, Konzerte, Spiele und weitere Ansprachen. Gegen Abend begann der Abtransport der Massen, die stundenlang dem üblichen Straßenleben einen Charakter verliehen, wie ihn die stille Grenzstadt seit langem nicht mehr gesehen hatte. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Freistaat Baden

Um das Konkordat

Trotz der ungemein gespannten politischen Situation im Reiche, und trotz der schmerzenden wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen, die auf allen geistig und politisch regsamen Menschen so schwer lasten, erweckte die Mitteilung, daß das Land Baden nahe vor dem Abschluß eines Konkordats stehe, begreifliches und erhebliches Interesse. Die auch von uns ausgesprochene Forderung, daß der Oeffentlichkeit hinreichend Zeit gegeben werden müsse, den Inhalt eines abzuschließenden Konkordats genau kennen zu lernen, ehe der Landtag zur Beratung und Beschlußfassung schreitet, findet lebhafte Zustimmung.

Das Vereinsblatt des badischen Lehrervereins, die Badische Schulzeitung (Nr. 37 vom 10. September 1932) befaßt sich eingehend mit der Frage des Abschlusses eines Konkordats. Der Vorstand des Lehrervereins richtet an das badische Staatsministerium eine öffentliche Anfrage, in der einleitend auf die Zeitungsmeldungen der letzten Tage hingewiesen und dann das folgende gesagt wird:

Seitdem die **Regierungserklärung** bei Beginn der jetzigen Landtagsperiode am 14. Januar 1931 die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die vertragliche Regelung zwischen Staat und Religionsgesellschaft ankündigte, sind die Presseäußerungen über die Aufnahme von Schulbestimmungen in das abzuschließende **Konkordat** nicht verstummt. Unter anderm war es der Karlsruher Korrespondent der Frankfurter Zeitung, der eine in **kirchlichen** Kreisen gefallene Bemerkung aufgriff, **die die Aufnahme von Bestimmungen über den Religionsunterricht in die Vereinbarungen forderte, da in der badischen Simultanschule der Religionsunterricht schutzbedürftiger sei** als das etwa in Preußen mit seiner Konfessionsschule der Fall wäre. Der Badische Lehrerverein sah sich wiederholt veranlaßt, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen, zuletzt noch in seiner Vorstandssitzung vom 29. Dezember 1931, in der er folgende Entschließung annahm, die auch dem Staatsministerium zugegangen ist:

„Das unerwartete Wiederaufleben der Konkordatsfrage veranlaßt den Vorstand des Badischen Lehrervereins, im Namen des Großteils der badischen Lehrerschaft zu erklären, **daß er jedes Konkordat, das die Schule offen oder versteckt in seine Bestimmungen einbeziehen will, bis zum letzten bekämpfen wird. Die Schule als Einrichtung des Staates muß ausschließlich der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung vorbehalten bleiben.**“

Schon die Aufnahme von Bestimmungen über den Religionsunterricht ist unnötig. Nach Artikel 149 Abs. 1 der Reichsverfassung ist der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen; seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt; der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt. Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Handlungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

Diese Verfassungsbestimmungen bedeuten eine genügende Sicherung des Religionsunterrichts. Die Aufnahme von Bestimmungen über den Religionsunterricht in ein Konkordat käme einer Preisgabe staatlichen Schulhoheitsrechtes gleich und eine Einengung dieses Rechtes wäre, wie der damals (1930) zuständige Unterrichtsminister Dr. Remmele in der Volksstimme (vom 10. Februar 1932) schrieb: **„eine politische Ungeheuerlichkeit, wäre der Wiederbeginn harter Streitigkeiten zwischen der Staatsmacht und Kirchenmacht“.**

Wir ersuchen daher dringend, in Angleichung an den preußischen Vorgang von der Aufnahme irgendwelcher Schulbestimmungen in ein etwaiges badisches Konkordat, auch von solchen nur den Religionsunterricht betreffenden, abzusehen.“

Im redaktionellen Teile zitiert die Badische Schulzeitung die Pressestimmen zur Konkordatsfrage, ebenso einen vor längerer Zeit erschienenen Artikel des früheren Verwaltungsgerichtshofpräsidenten Dr. Glockner. Dem fügt die Redaktion des Blattes folgendes an:

„Es ist ja bekannt, daß die **badische Kurie** ihre Forderung der Aufnahme des Religionsunterrichtes in das Konkordat und somit eine schärfere Konkordatslösung wie in Preußen damit begründet, daß Preußen ein reines Konfessionsschulland, Baden aber ein reines Simultanschulland sei: also nicht mehr und nicht weniger als ein doppeltes Mißtrauensvotum, eines gegen **den** Staat, dessen Bevölkerung zu zwei Drittel katholisch ist, und eines gegen **die** Lehrerschaft, die in über 50jähriger treuer Arbeit den konfessionellen Religionsunterricht in den badischen Schulen „gesichert“ hat. Mißtrauensvoten oder Herrschaftsgelüste, wie man will, das Konkordat wird dem Staat seine Schule an der empfindlichsten Stelle aus der Hand nehmen und **seine** Lehrenden an der gefährlichsten Stelle, der der Gewissensfreiheit, außerstaatlichen Gewalten und Befehlsausgaben ausliefern. Und das alles, trotzdem die Reichsverfassung **und** die badische Verfassung den Religionsunterricht **sichern, wie sonst gewiß in keinem, auch nicht dem „katholischsten** Land der Erde“. Die Reichsverfassung bringt in Artikel 149 u. a. die Bestimmung:

„Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft **unbeschadet** des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.“

Die Uebernahme dieser Bestimmung in ein Konkordat — was offenbar sogar unter Weglassung des „unbeschadet“ vereinbart ist! — entkleidet sie ihres Charakters **und** ihrer Absicht. **Anschütz** legt fest, daß zwar von **staatswegen** „die Leitung“ oder die „Besorgung und Ueberwachung, ja selbst die Erteilung desselben (des Religionsunterrichts)“ an die Religionsgesellschaften übertragen werden kann, aber

„immer vorausgesetzt, daß dabei das **staatliche** Aufsichtsrecht „unbeschadet“, d. h. den lehramtlichen Funktionen der Religionsgesellschaften **überordnet** bleibt. Von **dem** Grundsatz, daß der staatlichen Schulaufsicht **alles** unterliegt, was in der Schule gelehrt und gelernt wird, macht der Religionsunterricht **keine** Ausnahme“.

Die „Grundsätze“ der **katholischen** Religionsgesellschaft z. B. bestimmt der Codex juris canonici. Dieses kirchliche Gesetzbuch hat auch den **Geist** des **bayrischen** Konkordats bestimmt und seine **Handhabung** durch „Eiferer“ hat den **Staat** zur Verfolgung von Lehrkräften in einer Anzahl von Fällen **genötigt.** Denn nach can. 1379 haben z. B. die Bischöfe „das Recht und die Pflicht .... im religösen oder sittlichen Interesse die **Entfernung von Lehrern** und Lehrbüchern zu verlangen.“ Das ist geschehen und wird geschehen.

Jedes Konkordat ist das Leitmotiv zur Konfessionalisierung der Schule und damit zur Bindung aller Volksbildung. Das deutsche Staatswesen zittert in seinen Fugen, **auf kirchenpolitischem Gebiet aber scheint eine Zeit der Ernte.** Wo sind die Gemeinschaftsgruppen, die dem entgegentreten, daß diese Zeit für Volk, Schule und Lehrerschaft eine Ablösung der staatlich gewährleisteten Geistesfreiheit durch die kirchliche Gewalt bedeutet? **Wir fürchten, daß alle, die nun aus regstem gegenwartspolitischem Kalkül bei Verabschiedung badischer Konkordate mittun, diese Pfeife zu teuer bezahlen und zu spät erkennen müssen, daß sie um die Früchte ihrer Erwartungen betrogen sind. Die Lehrerschaft muß jedenfalls sehen, wohin die Reise geht und schärfsten Protest erheben, wo auf ihrem Rücken über Freiheit oder Knechtschaft in der Schule gewürfelt wird.“**

Diktatur und Durcheinander bei der KPD

„Die Zustände innerhalb der KPD. in Karlsruhe sind haarsträubend und stinken zum Himmel!“

Daß es innerhalb der Kommunistischen Partei in Baden, aber ganz besonders innerhalb der Kommunistischen Partei in Karlsruhe, mächtig gährt, ist uns ja hinreichend bekannt. Neuerdings scheint Jakob Trabinger, der einige Jahre sich sehr ruhig verhielt, nachdem er sich zuvor politisch schwer blamiert hatte, wieder eine starke Sehnsucht danach zu empfinden, mit einem Häuflein seiner Getreuen eine politische Rolle zu spielen. Daß er dazu mindestens so berufen ist, wie die Böning und die anderen gehorsamen Lakaien der Moskauer und Berliner Zentrale, darf angenommen werden. Aber Jakob soll niedergehalten werden und mit ihm sein engerer Freundeskreis. Dafür verbreitet nun Jakob Trabinger und seine Freunde auf rosarotem Papier eine auf dem Weg der Vervielfältigung hergestellte Flugschrift, in der die Zustände in der KPD. Karlsruhe geschildert werden. In der Annahme, daß sich auch unsere Leser für diese Schilderung interessieren werden, geben wir sie wortwörtlich wieder.

Werte Genossen!

Wir halten es für unsere Pflicht, als ehrliche Proletarier endlich einmal die geradezu **katastrophalen** Zustände innerhalb **unserer Partei in Karlsruhe** zu beleuchten. Als echte Bolschewiki wollen wir nicht vergessen, daß

der Weg zum Ziel über die bolschewistische Selbstkritik

geht. Aber Genossen, **wo bleibt in Karlsruhe die Selbstkritik und wo bleibt die Parteiarbeit, die unsere Sache zum Ziel bringt? Nichts mehr wird geleistet und wer Fehler und Mängel der Leitung aufdeckt, wird abgesetzt oder hinausgeekelt!**

Kann man da noch von bolschewistischer Selbstkritik reden?

Oder ist das vielleicht nicht

Diktatur im wahrsten Sinne des Wortes?!

Die paar Mitglieder der UBL. (Unter-Bezirks-Leitung), die schon jahrelang immer **dieselben** sind, geben den Ton an, und wer nicht damit einverstanden ist, der muß gehen, ob die Partei dadurch Schaden erleidet oder nicht. Genossen! War es nicht schon ein großer Fehler, als man s. Z. dem Gen. **Böning** die UBL. in Karlsruhe übertrug? **Welche Arbeit hat Böning hier geleistet?**

Er hat es verstanden, einen Stamm Leute in der UBL. um sich zu schaffen, von denen er genau wußte, daß sie ihm nichts in die Arbeit reden konnten, so daß er also **Diktator** war. Und als Diktator hat er auch gearbeitet und hat, ohne überhaupt die Ortsverhältnisse zu kennen, **einfach die Leute aus der Partei hinausexpediert, die ihm nicht behagten!**

Alte verdiente Genossen mußten verschwinden, weil sie der UBL. zu sehr auf die Finger sahen!!!

Alte revolutionäre Kämpfer, wie **Aschinger, Kropf** und **Trabinger,** die auch in der **illegalen** und schwersten Zeit, die die Partei durchmachen mußte, sich glänzend bewährt haben, mußten weichen, weil sie den **Schlendrian** der heutigen UBL. nicht duldeten. In **gemeinster** Weise hat man diese Genossen aus der Partei **hinausgeekelt** und hat unfähige Köpfe an ihre Stelle gesetzt. Betrachten wir doch den

Genossen Hoffmann

und hören wir, was er den Leuten in den Versammlungen vorsetzt. Müssen wir uns dann wundern, wenn wir die Festhalle nicht vollbesetzt kriegen? Wir wundern uns nicht darüber.

Zugegeben — quantitativ ist die Arbeit, die Genosse Hoffmann leistet. **Aber an Qualität ist nicht zu denken.** Und was nützt der Partei, wenn dauernd ein Papierkrieg geführt wird, und wenn eine Sitzung und Besprechung die andere jagt und es bleibt doch alles beim **Alten,** eben deshalb, weil der ganze Apparat überorganisiert wird. Wenn man dem Genossen **Hoffmann** schon in der Generalmitgliederversammlung im März d. J. offen und frei gesagt hat, daß er sich als Redner absolut nicht eignet, **warum zieht die UBL. nicht daraus die Konsequenz?!** Hoffmann redet heute noch in den Versammlungen. **Genossen, kann es denn vorwärtsgehen in der Parteiarbeit, wenn man die alten Fehler und Mängel gar nicht abstellt!!**

In jeder Sitzung werden immer die gleichen alten Fehler aufgezeigt und **nie wird daran etwas geändert!**

Uebt man in einer solchen Sitzung **Kritik,** so **wird einem entweder** das **Wort entzogen,** oder aber man hört sich die Kritik ruhig an, denkt aber **nicht** daran, **eine Aenderung herbeizuführen.**

Die UBL. hat schon früher den Stadtteil-Pol.-Leitungen zur Auflage gemacht, die jeweiligen Neuaufnahmen zu prüfen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Als aber der Genosse **Trabinger** in der Weststadt um seine Wiederaufnahme bat und die Pol. Leitung der Weststadt nach reiflicher Ueberlegung den Genossen aufnehmen wollte, da war es die UBL., die kurzerhand die **Aufnahme ablehnte.**

Den Stadtteilleitungen macht man es zur Pflicht, daß die Parteiarbeit im Stadtteil funktioniert und daß Fortschritte geschaffen werden. Wenn nun ein Stadtteil durch die Aufnahme eines tüchtigen und bewährten Genossen die Parteiarbeit wieder vorwärtstreiben will, dann macht die UBL. einen Strich durch die Rechnung, und immer wieder nur deshalb,

weil man diese alten Genossen fürchtet!!

Wie aber kann eine Stadtteilleitung für eine aktive Arbeitsleistung garantieren, **wenn man ihr die Hände bindet** und ihr die Genossen vorenthalten will, die allein in der Lage wären, die Parteiarbeit im **bolschewistischen Sinne vorwärts** zu treiben. Die Genossen der **Weststadt** haben in einer erweiterten Funktionärsitzung diese Zustände kritisiert und **man hat ihnen einfach das Wort entzogen.** Ferner hat man es unterlassen, dem Antrag dieser Genossen, daß die Angelegenheit an die BL. nach Mannheim und wenn es sein muß an das ZK. in Berlin weitergeleitet werden soll, stattzugeben. **Weiter haben die Genossen der Weststadt der UBL. schriftlich das Mißtrauen ausgesprochen, aber auch darauf keine Antwort erhalten.**

Genossen, wo bleibt da die bolschewistische Selbstkritik??!

Und weshalb ist Genosse **Böning** auf einmal nach **Lörrach versetzt** worden, oder besser gesagt, **aus Karlsruhe verschwunden?** Hat man etwa gemerkt, daß die alten und bewährten Funktionäre mit seiner Arbeitsweise nicht einverstanden waren und hat man die nicht ausbleibenden Auseinandersetzungen gefürchtet, weil man diesen Dingen zuvorgekommen ist? Genossen, Wir könnten Euch noch mehr berichten.

Die Zustände innerhalb der KPD. in Karlsruhe sind haarsträubend und stinken zum Himmel!

Und wenn wir es nicht selbst verstehen, hier Ordnung zu schaffen, und zwar gründlich, dann wird es nicht mehr lange gehen und

die KPD. in Karlsruhe fällt auseinander,

genau wie die **Antifa,** als man den Genossen **Preuß** ausschaltete. Ruhen wir nicht, Genossen, bis man uns in Karlsruhe wieder das Recht der bolschewistischen Selbstkritik einräumt und bis wir wieder eine Partei sind, die **nur aus ehrlichen und revolutionären Klassenkämpfern** besteht, denn nur so werden wir den Sieg erringen und den Faschismus schlagen können, wenn wir es verstehen, in unseren eigenen Reihen Ordnung zu halten.

Genossen! Fordert mit uns die Wiederaufnahme der alten und bewährten Kämpfer, die wir gerade jetzt, wo der Kampf am schwersten wird, unbedingt brauchen, wenn wir vorwärts kommen wollen! Ruhet nicht eher, bis die UBL. diesem Antrag stattgibt. Weiter fordern wir ein für allemal das Recht der bolschewistischen Selbstkritik und verbitten uns diktatorische Maßnahmen der UBL.!

Freunde um Trabinger.

Nationalsozialistische Lügenpetereien vor Gericht

Offenburger Naziführer verurteilt

In Offenburg erscheint ein braunes Revolverblättchen, Volkswarte; der Volksmund nennt es Volksschwarte. Was da zusammengelogen und verleumdet wird, das geht auf keine Kuhhaut. Nun hat das Gericht die Verleumder wieder einmal am Hammelbein gekriegt. Im Mai 1931 wurde in einem Artikel „Aus dem Bonzenparadies“ Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Huber in Oberkirch angegriffen. Den Artikel hatte Rechtsanwalt Dr. Rombach verfaßt, der Leiter der Völkischen Buchhandlung, Herr Sorge überprüfte ihn, setzte den Namen „Egon“ darunter und Müllermeister Karl Rombach ließ als Verantwortlicher der Volkswarte die Lügenbeutelei erscheinen. Schriftleiter Karl Rombach wurde zu 100 Mark, Rechtsanwalt Dr. Rombach zu 200 Mark und Sorge zu 150 Mark verurteilt.

Das Urteil schreibt den braunen Bonzen ins Stammbuch: „. . sie haben somit gemeinschaftlich, öffentlich und durch Verbreitung von periodischen Druckschriften andere beleidigt und in Beziehung auf andere nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet und verbreitet, die geeignet sind, die andern verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.“

Wie wir die Herren kennen, wird die Wirkung der Verurteilung nicht lange anhalten. Die Katze läßt das Mausen nicht.

Gemeindepolitik

Reich- und Städte-Kampf um Ersparnisse

Kommunen verlangen 150 Millionen Mark — Die neubelasteten Gemeinden

Eine amtlich benützte Korrespondenz berichtet:

Zwischen den **Gemeinden** und dem **Reich** hat sich ein **stiller Kampf** um die **Lasten der Arbeitslosenbetreuung** entwickelt und zwar geht es jetzt um einen Betrag von immerhin **150 Millionen Mark,** den die Städte für sich reklamieren. Die Gemeinden haben nämlich dem Reichsfinanzminister vorgerechnet, daß das Reich durch die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge im Laufe dieses Jahres ganz erhebliche Ersparnisse mache. **Ständig verschieben sich die Lasten zuungunsten der Gemeinden und zugunsten des Reiches.** Die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge bleiben in ihrem Umfang weit hinter der Wohlfahrtserwerbslosigkeit zurück und vor allem ist die Tendenz zu beobachten, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen noch stärker zunehmen wird, so daß das Reich zuungunsten der Kommunen eine Entlastung erfährt, die sehr viel größer ist, als man ursprünglich angenommen hatte.

Von Seiten der Städte ist ausgerechnet worden, wie wir von unterrichteter Seite hören, daß das Reich auf diese Weise rund 150 Millionen Mark erspart und diesen Betrag wollen nun die Gemeinden vom Reich für ihre über alle Erwartungen hinausgehend angewachsenen Wohlfahrtslasten zurückerstattet haben. Das Reichsfinanzministerium prüft jetzt das Verlangen der Gemeinden, die erwarten, daß sie ihre Forderung durchsetzen werden, so daß sich die Reichshilfe von jetzt 672 Millionen Mark erheblich erhöhen würde. Eine Entscheidung wird aber erst frühestens Mitte der kommenden Woche vorliegen können, denn bei dieser Gelegenheit müssen unter den veränderten Umständen auch die Finanzen der Krisenfürsorge und der Arbeitslosenversicherung einer Untersuchung unterzogen werden. Man rechnet damit, daß die Arbeitslosenversicherung gegenüber den Vorausschätzungen ganz erhebliche Beträge erspart. Ob man bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Dreiteilung der Arbeitslosenbetreuung endlich regelt, ist noch ungewiß, doch scheint man im Arbeitsministerium immer noch scharfe Bedenken gegen eine organisatorische Aenderung in diesem Augenblick zu haben. Das Reich neigt jetzt dazu, jede endgültige Entscheidung auf lange Sicht im übrigen zu vermeiden, da man erst einmal die Wirkung der Ankurbelungsmaßnahmen möglichst abwarten will.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

13. September.

1592 † Französischer Schriftsteller de Montaigne. — 1830 * Marie von Ebner-Eschenbach. — 1872 † Philosoph Ludwig A. Feuerbach. — 1893 † Französischer Sozialist Benoit Malon. — 1919 † Russischer Schriftsteller L. Andrejew. — 1925 Sozialdemokratischer Parteitag in Heidelberg. — 1929 Flottenverständigung zwischen England und Amerika.

Schwerer Verkehrsunfall in Rüppurr

72jähriger Mann totgefahren

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr im Vorort Rüppurr. Zwei Männer von hier schoben einen mit Obst beladenen Handwagen von Ettlingen kommend in Richtung Karlsruhe, während der dritte, ein 72jähriger Mann aus Ettlingen, einige Schritte hinter dem Gefährt nachfolgte. In der Rastatter, zwischen Löwen- und Lützowstraße, fuhr plötzlich ein Personenkraftwagen von hinten gegen den alten Mann und erfaßte dann noch den einen Begleiter des Handwagens. Der 72jährige Maschinenarbeiter Karl Ludwig Raßler aus Ettlingen wurde bei dem Anprall derart schwer am Hinterkopf verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Sein Sohn erlitt ebenfalls erhebliche Verletzungen und mußte mit dem Krankenauto ins Krankenhaus verbracht werden. Der schuldige Kraftfahrer wurde ins Gefängnis eingeliefert. Erkennungsdienst und Kriminalpolizei sind mit der Ermittlung der Schuldfrage befaßt.

Durchs Fenster

hfk. Mein Zimmer, kühl, niedrig, die Wände rauh wie eine Felsenhöhle, ist durchleuchtet und durchspielt von der Lichtluft, die von draußen durch die Glasscheiben hereingeistert... Da stehen Bücher auf steilen Gestellen, Tische, Geräte, waagerecht und senkrecht gewinkelt. Die Uhr tickt atemlos und hastig überm Schreibtisch... Und gegenüber öffnet sich die dicke Mauer wie ein Schacht, und zierlich begrenzt von weißem Rahmen und weißem Kreuz, weißem Bord und weißer lichter Wölbung, ist der Blick geöffnet auf die Bühne draußen...

Gründurchsonnte Eschenzweige wanken und schwanken, bewegt von der Kraft, die draußen frei durch die Weiten tobt. Baumkulissen von rechts und links, immer tiefer hintereinander kleiner werdend. Rasen flach gebreitet mit Doldengewebe, Buschwerk, Wiese steil aufsteigend ins immer Lichtere, dem Himmel zu, der sie oben perlmutterglänzend abschließt bis an die hohe Fensterkante. Oben von links ein Stück Bauernhaus, das dunkelsilbergraue Schindeldach über weißer Wand und rotbraun leuchtendem Fachwerk gesenkt. Lautlos, mit heftigen Bewegungen, legt da oben eine kleine Frau Wäsche, und ein kleines Mädchen springt mit einem seltsamen, fröhlichen Rhythmus von Bein zu Bein, dann verschwinden sie im Haus.

Das Eschenlaub spielt und blinkt, wogt und zittert in Wind und Licht, unter ihm silberspitzige Weidengebüsche. In der Stube summen Fliegen; draußen ist kein Laut. Es ist als fühlte man die Nachmittagssonne hinter der Höhe dem Westen zu schweben...

Nichts als ein unerschöpfliches Viel von Grün auf blendendem Himmel mit ein wenig Weiß und Grau vom Bauernhaus. Ein stiller, kleiner Ausschnitt aus unendlichem Lebensraum. Ein Bühnenbild, so fein geschnitten und gemalt, so aus dem Engen ins Weite sehende Perspektive, ein Stück Erde und Himmel, und nur in einem unermeßlich schöner als die Kulissenwelt des Theaters: im leisen Wanken und Schwanken der Zweige mit ihrem Blätterfiligran.

Es ist wie ein packendes Drama, und dabei keine oder so gut wie keine Handlung. Lange nichts — lange nur diese friedvolle Versenkung in das Stück Kosmos, das das Fenster rahmt. Nur das unerschöpfliche Spiel des Lichtes, das manchmal warm, in leuchtendem Gold und Grün durch bläulichgrünes Spätsommerdunkel hindurchbricht, manchmal, von unsichtbaren Wolken verdunkelt, einem kalten, schattenlosen Bangen weicht. Dann wehen die Zweige und tanzen auf und ab, und plötzlich kommt das Licht wieder hereingesprungen...

Dann zieht von links her, drüben, wo die Dorfstraße jenseits des Baches läuft, der in der Tiefe unter dem Fenster vorbeifließt, ein langsam tretendes Rindergespann in das Bild herein, hinter sich einen Leiterwagen, hoch bepackt mit Erntesäcken, und das malt sich langsam durch die Bühne querhin und verschwindet gemächlich.

Aber es braucht nichts zu kommen. Es braucht keiner andern „Handlung" als dieses golddurchleuchteten Ausschnitts allein, der — die andere Welt — durch mein Fenster zu mir hereinleuchtet, mit dem unermüdlichen Zittern und Wanken der Weiden und Eschen, dem Ebben und Fluten des Lichts die Wiese hinauf zum Himmel, dem langen, langsamen Träumen des Tages, bis Schatten wie dunkle Tusche das Bild überlaufen und im Abenddämmer die Gestalten und Umrisse verfließen — das ist ein Schauspiel von unbegreiflichem Zauber, das in die Seele einfließt und sich ihr einprägt wie ein Urerlebnis, ein Mysterium, gespielt von Licht und grünen Zweigen.

„Eine Bluttat der Hagsfelder Marxisten"

Wie verlogen das Nazisaftblatt in der Regel Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern darstellt, ist wieder einmal vor Gericht einwandfrei festgestellt worden. Von einem Zwischenfall, der sich am 17. Juli, abends gegen 8 Uhr, in Hagsfeld ereignete, schrieb der Führer nach der oben angeführten Schlagzeile als zweite Ueberschrift:

„Nationalsozialist aus dem Hinterhalt überfallen und schwer verletzt."

In dem folgenden Schrieb wurde der staunenden Mitwelt berichtet, wie vier junge Nazis von einer „hundertköpfigen Horde" überfallen und einer davon, von den „roten Lumpen" durch Schläge und Tritte schwer verletzt wurde.

Jetzt wurde der Vorfall vor dem Gericht aufgeklärt. Angeklagt waren vier Mitglieder der Eisernen Front von Hagsfeld. Im Anschluß an die Untersuchungen erhielt jeder der Angeklagten einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis, gegen den sie gerichtliche Entscheidung beantragten.

Was war nun wirklich passiert?

Am 17. Juli war der Nazitag in Pforzheim. Der 20jährige Hilfsarbeiter Alfred Fütterer, der 18jährige Ausläufer Bublinger und zwei weitere Jugendliche wollten mit ihrem Rad den Lastauto entgegenfahren. Beim Uebergang in Hagsfeld sprangen die Kinder, die kurz vorher vom Turnfest in Königsbach kamen, noch auf der Straße herum. Von den vier daherkommenden Radfahrern war nur Bublinger in Uniform. Wie sie von den Kindern erkannt wurden, riefen diese „Hitler kommen" und auch „Freiheit". Dadurch erschraken die Nazis ganz gewaltig. Anstatt weiter zu fahren, nahm Fütterer die Luftpumpe vom Rad und fuchtelte damit während des Fahrens in der Luft herum. Wie er vor der Bahnhofswirtschaft nach einer Schar Kinder schlagen wollte, verlor er die Balance und Bublinger, der direkt hinter ihm fuhr, stieß mit ihm zusammen. Die beiden stürzten durch ihr **eigenes Verschulden** über die **eigene Lenkstange.** Durch das Geschrei auf der Straße angelockt, kam der Turnwart R. auf den Platz. Da ihm berichtet wurde, die Nazis hätten gegen die Kinder geschlagen, stellte er Fütterer zur Rede und verabreichte ihm auch ein paar Stöße. Allgemein war die Auffassung, daß die Nazis gegen die Kinder geschlagen und getreten haben, deshalb mischte sich auch der Arbeiter F. in den Streit. Er gab zu, einmal auf den Fütterer mit seinem Stock geschlagen zu haben. Dann riß der Nazi aus. Der uniformierte SA.-Mann Bublinger stand noch auf dem Platz herum und suchte seine Mütze. Der Angeklagte O. gab ihm nur den Rat, er möge lieber nach Hause gehen. Dafür bekam er 3 Monate Gefängnis zugesprochen! Von keinem Zeugen wurde festgestellt, daß O. sich an der Schlägerei beteiligt hat. Beim Uebergang traf der Angeklagte P. dann den Bublinger und versetzte ihm einen Stoß auf die Brust. Der Nazi behauptet zwar, er hätte sich gebückt und deshalb keine bekommen. Das hindert die Anklagebehörde aber nicht, auch ihm 3 Monate zuzusprechen.

Durch die Zeugenaussagen wurde einwandfrei festgestellt, **daß die beiden Radfahrer zusammenstießen.** Ohne Zweifel steht auch fest, daß F. mit seiner Fahrradpumpe provoziert und durch das Treten gegen die Kinder die Empörung der Erwachsenen hervorgerufen hatte. Die Anklagerede des Staatsanwaltes wurde daher vielmehr eine Anklagerede gegen die als Zeugen vernommenen Hitlerjünglinge. Die Radfahrer hätten keine Ursache gehabt, auf das Geschrei der Kinder zu reagieren. Wörtlich sagte der Staatsanwalt: **„Es hat den Anschein, daß alles nicht passiert wäre, wenn die Radfahrer weiter gefahren wären.** Man muß bei der Schuldfrage berücksichtigen, daß zumindest beide Teile Schuld an dem Vorkommnis haben.

Aus diesen Erwägungen änderte der Einzelrichter die Urteile wie folgt ab. R. erhielt wegen einfacher Körperverletzung eine Geldstrafe von 50 M, F. wegen gefährlicher Körperverletzung eine solche von 40 M, P. erhielt 10 M Geldstrafe, O. wurde freigesprochen.

Damit fiel wieder einmal eine niederträchtige Hetze der Nazi in sich zusammen. Daraus, daß zwei Radfahrer **aus Unachtsamkeit** zusammenstießen und vom Rad fielen, machte der Führer „einen Ueberfall aus dem Hinterhalt." Die „hundertköpfige" Menge entpuppte sich als eine Schar Kinder, es waren vielleicht auch noch ein halbes Dutzend Erwachsene dazugekommen. Das genügt dem Führerblatt, um eine „hundertköpfige Horde" daraus zu machen. Wären die Nazis weiter gefahren, keinem Mensch wäre es eingefallen, sich an diesen Buben zu vergreifen. Die ganze Verhandlung war wieder einmal ein typisches Beispiel, wie in der Nazipresse **die Fliege zum Elefanten gemacht wird.**

Gewerkschaften und Erwerbslose

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Erwerbslosenausschuß des A.D.G.B. fordern Maßnahmen zur Linderung der Notlage für die Erwerbslosen

Der ADGB., Ortsausschuß Karlsruhe und der ihm angeschlossene Erwerbslosenausschuß haben an den Stadtrat Anträge zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen gestellt. In dem Schreiben an den Stadtrat wird einleitend zum Ausdruck gebracht, daß die durch die 5. Notverordnung bedingte katastrophale Auswirkung für die Erwerbslosen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens zur Folge hat, daß die

Notlage der Erwerbslosen sich ins Unermeßliche steigert.

Um entsprechende Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen seitens der Stadtverwaltung frühzeitig treffen zu wollen, erlauben sich die Unterzeichneten wie folgt zu beantragen:

Der Stadtrat wolle beschließen:

I. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in ausreichendem Maße, um zu ermöglichen, daß ein großer Teil der Erwerbslosen in die Lage versetzt wird, den Unterhalt für sich und die Familie durch Arbeit verdienen zu können.

II. Für alle übrigen Erwerbslosen, für die die Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung nicht besteht und die bei Notstandsarbeiten nicht herangezogen werden können, gestatten wir uns wie folgt zu beantragen:

1. kostenlose Lieferung von Feuerungsmaterial
a) 5 Ztr. Nußkohlen,
b) 5 Ztr. Briketts,
c) 8 Ztr. Kols,
d) 5 Ztr. Brennholz.

2. Lieferung von Strom und Gas zu einem Mindestpreis von 10 Pfg. pro Kilowatt resp. Kubikmeter.

3. An Lebensmittel soll an Erwerbslose geliefert werden für jede zum Haushalt zählende Person 1 Ztr. Kartoffel und je 10 Pfd. Mehl.

4. Die Fleischversorgung an die Erwerbslosen soll in der Weise erfolgen, daß durch Vermittlung der Stadtverwaltung die Möglichkeit für einen verbilligten Fleischbezug geschaffen wird. Der Preis des an die Erwerbslosen abzugebenden Fleisches soll 20 Pfg. unter dem allgemeinen Fleischpreis (pro Pfd.) liegen.

5. Soweit die Wohnungsmiete für die Erwerbslosen in Frage kommt, ist dieselbe in vollem Umfange zu zahlen.

6. Der für Wohlfahrtsarbeiter sowie für die Pflichtarbeiter festzusetzende Lohn erfolgt nach der für die Bad. Gemeindearbeiter geltenden Lohntabelle für Arbeiter der Lohngruppe IIIa, einschließlich aller Sozialzulagen. Der an Pflichtarbeiter auszuzahlende Lohn wird ohne jeglichen Abzug zur Auszahlung gebracht.

7. Für die Wintermonate sollen Wärmehallen in genügender Anzahl bereit gestellt werden.

Begründung:

Wenn wir bei unseren Anträgen davon ausgegangen sind, im Vordergrund die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zu fordern, so ausgehend von der Tatsache, daß unsere erwerbslosen Mitglieder an uns immer wieder die Forderungen stellten, daß sie die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit als das Gegebene erachten.

Die Forderungen, soweit sie als Maßnahmen zur Linderung der Notlage gestellt sind, sollen nach Auffassung unserer erwerbslosen Mitglieder erst in zweiter Stelle zum Ausdruck kommen, wenn die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung nicht gegeben ist.

Derartige Forderungen einer durch Not zermürbten Arbeiterschaft, den Unterhalt für sich und die Familie durch ihnen zugewiesene Arbeit verdienen zu wollen, müssen als eine moralische und sittliche Pflicht anerkannt werden. An dieser Anerkennung darf auch der Stadtrat nicht vorbeigehen.

Wenn derartige Forderungen, soweit Arbeitsbeschaffung in Frage kommt, nicht erfüllt werden können, halten wir unsere Anträge auf eine Linderung der Notlage für die Erwerbslosen für berechtigt.

Der Stadtrat wird um seine Zustimmung ersucht.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — Ortsausschuß Karlsruhe

Erwerbslosenausschuß des ADGB. — Ortsausschuß Karlsruhe.

Die hier vom ADGB. gemeinsam mit dem Erwerbslosenausschuß gestellten Anträge lassen erkennen, daß es ihnen ernstlich um die Linderung der Notlage für die Erwerbslosen zu tun ist. Die phantastischen Anträge der KPD., in denen auch kaum ein konkreter Vorschlag zu erkennen ist, dürften unseres Erachtens nicht dazu angetan sein, den Stadtrat dahin zu bringen, sich ernstlich mit den Dingen zu beschäftigen. In den Anträgen der KPD. sind solche Positionen enthalten, die, wenn sie wirklich durchgeführt würden, keine Linderung der Notlage der Erwerbslosen, sondern eine weitere indirekte Belastung für sie und die übrige Arbeiterschaft wären.

Die hier gestellten Anträge werden, budgetrechtlich betrachtet, eine außergewöhnliche Belastung des Städt. Haushalts bedeuten. Sei dem, wie ihm wolle. Der Stadtrat muß unseren Forderungen entsprechen, die außerordentliche Notlage der Erwerbslosen bedingt dies. Wir wissen wohl, daß budgetrechtlich für alle Ausgaben auch Deckung vorhanden sein muß. Die Deckung für die durch unsere Anträge notwendige Mehrausgabe muß der Stadtrat suchen. Ein Vorgang, wie er sich schon einmal auf dem Karlsruher Rathaus gezeigt hat, darf sich nicht wiederholen. Als nämlich damals die KPD. und NSDAP. Anträge zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen stellten, hat sich der Oberbürgermeister geweigert, nachdem der Stadtrat in seiner Mehrheit diesen Anträgen seine Zustimmung gegeben hatte, die Beschlüsse auszuführen. Er begründete diese Weigerung damit, daß er keine Deckung für die erforderliche Ausgabe habe. Als nun in einer späteren Stadtratssitzung die SPD.-Fraktion Anträge auf Umlageerhöhung einbrachte, um dem Oberbürgermeister die erforderlichen Mittel für durch die KPD. und NSDAP. gestellten Anträge zu bewilligen, lehnten die Fraktionen der Antragsteller die Anträge unserer Stadtratsfraktion ab. Die KPD. lehnte mit der Begründung ab, daß sie für eine Umlageerhöhung, die auch den Mittelstand treffe, nicht stimme. Einen solchen Vorgang wünschen wir nicht herbei.

Wir nehmen an, daß bei allen Parteien auf dem Karlsruher Rathaus so viel Mitgefühl für die Notlage der Erwerbslosen vorhanden ist, selbst wenn es an den Geldbeutel der Satten gehen muß, unseren Anträgen die Zustimmung nicht versagen.

gwk.

Die Mondfinsternis

Wenn das Wetter keinen üblen Streich spielt, werden die Freunde der Himmelskunde am Abend des 14. September das Schauspiel einer fast totalen Mondfinsternis bewundern können; die Beobachtbarkeit wäre umso mehr zu wünschen, als diese Mondfinsternis für über ein Jahr die letzte sichtbare sein wird. Kurz vor Vollmondstermin (22.06 Uhr) taucht der Mond zunächst in den Halbschatten der Erde um 19.05 Uhr. Von dieser Verfinsterung ist allerdings kaum etwas bemerkbar, da die Mondoberfläche immer noch von ziemlich viel Sonnenlicht getroffen wird, so daß wir es nicht zu bedauern brauchen, daß der Mond erst wenige Grade über dem Horizont steht. Umso besser ist dagegen die erste Berührung des Kernschattens der Erde mit dem Mondrand um 20.18 zu beobachten. Dann wandert die dunkelschwarz gefärbte Schattengrenze immer weiter über den Mond hinweg; wer ein Fernrohr hat, kann das Eintauchen der Mondkrater in den Schatten gut beobachten. So wird nach unserer Vorausberechnung um 20.39 Uhr das Ringgebirge „Tycho" am Schattenrand liegen, um 20.46 „Copernicus", etwa 21.18, „Plato"; dann tritt um 22.01 Uhr die größte Phase der Finsternis ein: 0.98 Teile des Monddurchmessers sind vom Erdschatten verhüllt, die Finsternis ist also partiell, ihr Eindruck für den nicht ganz exakten Beschauer kommt aber einer totalen fast gleich. Dann wird der am stärksten verfinsterte Teil des Mondes (nahe dem Zentrum des Erdschattens) in rötlichem Glanz leuchten, da in der Erdatmosphäre gebrochene und wie bei Abendrot rötlich gefärbte Sonnenstrahlen durch eben diese Brechung noch in den Schattennebel der Erde gelangen; es ist also hier gar nicht wirklich „finster". Dann wandert der Erdschatten wieder von der Mondscheibe weg, um 22.26 Uhr wird „Plato" frei, um 22.49 Uhr „Copernicus", um 23.15 Uhr „Tycho" und um 23.43 Uhr tritt der Mond völlig aus dem Kernschatten der Erde aus, während der Austritt aus ihrem Halbschatten erst am Morgen des 15. September um 0.56 Uhr erfolgt.

Die Polizei berichtet:

Schlägereien

In vergangener Nacht kam es zu verschiedenen Schlägereien; so mußten aus Rintheim 2 Personen, die Schläge mit Biergläsern erhalten hatten, ins Krankenhaus verbracht werden. Auch in der Weststadt wurde ein an einer Schlägerei beteiligter Mann derart verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Verkehrsunfall

Gestern vormittag fuhr Ecke Karl- und Augustastraße ein Personenkraftwagen auf einen Straßenbahnzug auf. Glücklicherweise entstand hier nur Sachschaden. Schuld am Zusammenstoß ist der Führer des Kraftwagens, weil er das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn nicht beachtete.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Krieg in Südamerika!

Das hundertjährige Ringen zwischen Paraguay und Bolivien wieder einmal auf dem Höhepunkt

Nach kurzem Waffenstillstand zwischen den beiden südamerikanischen Staaten **Bolivien** und **Paraguay** wurden die Feindseligkeiten wieder eröffnet.

Seit mehr als 100 Jahren streiten sich Bolivien und Paraguay um den Besitz des nördlichen **Gran Chaco**, eines großen Landstriches, der aus Sümpfen, undurchdringlichen Dschungeln und weiten Steppen besteht. Das Schwergewicht der Kriegsgründe hat gewechselt: früher lockte der **Viehreichtum**, der an den Flüssen eine große Gefrierfleischindustrie entstehen ließ; heute weiß man, daß das an Brasilien, Paraguay, Bolivien und Argentinien grenzende Gebiet im Norden **Petroleumquellen** besitzt. **Auf der Seite Boliviens steht amerikanisches, hinter Paraguay englisches Petroleumkapital.** Das umstrittene Gebiet wird von einem großen schiffbaren Fluß durchströmt, der den Zugang zum Atlantik sichert.

Die paraguanische Hölle

Das enorme, 100 000 **Quadratmeilen** umfassende Gran Chacho-Gebiet wird häufig „der Wildwest von Paraguay" genannt. Seine Steppen, auf denen unzählige Herden weiden, und die Sitten der viehzuchttreibenden Bewohner rechtfertigen in gewissem Maße diesen Vergleich mit dem romantischen Westen der Vereinigten Staaten des vorigen Jahrhunderts. Endlose Sümpfe, stagnierende Flüsse, undurchdringliche Urwälder und meilenweite Weiden! Der größte Teil des Landes ist von fieberverbreitenden Moskitos überschwemmt. Im Busch und in den Flüssen hausen Jaguare, Alligatoren, Tapire und zahlreiche Vogelarten.

Die von den beiden Ländern am nördlichen Chaco erhobenen Besitzansprüche beruhen auf Kolonialdokumenten aus der Zeit der spanischen Herrschaft. Die südamerikanischen Staaten hatten bei ihrer Unabhängigkeitserklärung die Uebereinstimmung der Grenzen der neuen Republiken mit den Grenzen der alten kolonialen Verwaltungsgebiete gesetzlich festgelegt. Tatsächlich sind diese Bestimmungen aber so allgemein, daß sie jede Partei leicht zu ihren Gunsten auslegen kann. Um den bolivianischen Ansprüchen auf den Zugang zum Atlantik gerecht zu werden, hatte sich Paraguay ehemals bereit erklärt, seinem Nachbarn einen Hafen abzutreten. Aber Bolivien konnte sich nicht zum Abschluß des Uebereinkommens entschließen, da es ihm für seinen Gegner noch zu vorteilhaft erschien.

Krieg bis aufs Messer

Im Jahre 1870 führten **Brasilien, Uruguay** und **Argentinien** gemeinsam einen **Vernichtungskrieg** gegen **Paraguay**, das zu der Zeit von einem despotischen Präsidenten regiert wurde. Dieser Krieg endete mit einer fast völligen Ausrottung der paraguanischen Bevölkerung. **Von 1 300 000 Einwohnern überlebten das Gemetzel nur etwa 220 000.** Heute schätzt man die Bevölkerung Paraguays auf 850 000 Einwohner. Davon sind die meisten Mestizen. Die herrschende Kaste gehört der weißen Rasse an, sie ist von spanischer Herkunft. Sie spricht auch spanisch, während sich die Eingeborenen im Dialekt eines schon ausgestorbenen Indianerstammes verständigen. Als direkte Folge dieses Krieges wandte Paraguay seine Blicke dem Chaco zu, in dem es eine Entschädigung für die seinen siegreichen Gegnern abgetretenen Gebiete zu sehen glaubte. Und noch ein anderer südamerikanischer Krieg führte zu ähnlichem Ergebnis: nur daß diesmal Bolivien seine einzige am Meer gelegene Provinz an Chile abtreten mußte, so daß es ein Land ohne Zugang zum Meer wurde.

Das dem Flächeninhalt nach größere Bolivien hat auch eine größere Einwohnerzahl als Paraguay. Sie wird auf 3 Millionen geschätzt. Die Hälfte von ihnen sind reine Indianer, ein Drittel Mestizen und der Rest Weiße von spanischer Herkunft. Die offizielle Sprache ist hier, ebenso wie in Paraguay, das Kastillianische; die Eingeborenen sprechen mehrere indianische Dialekte.

„Vorbehalte" — „Versprechungen"

Immer wieder wurden Verhandlungen zwischen Bolivien und Paraguay angebahnt: 1879, 1887 und 1894; und jedesmal wurde vertraglich eine Grenze fixiert, die geeignet gewesen wäre, beide Teile zu befriedigen. Aber nie ist einer dieser Verträge in Kraft getreten; einmal verweigerte Bolivien, ein anderes Mal Paraguay die Ratifizierung. Und da sich jeder die Wiedererlangung des Gebietes durch Waffengewalt vorbehielt, entstand auf dem umstrittenen Gebiet eine Befestigungslinie, die nun schon viele Jahre hindurch einen mehr oder weniger latenten Kriegszustand zwischen beiden Ländern aufrecht erhalten hat. 1907 riefen beide Regierungen den Präsidenten der argentinischen Republik um seine Entscheidung an; dieser aber lehnte eine Stellungnahme ab. Immer wieder kam es längs der Befestigungslinie zu zahlreichen Zwischenfällen, 1928 sogar zu besonders heftigen Zusammenstößen. Der Autorität des panamerikanischen Schiedsgerichts und dem Eingreifen des Völkerbundes, der damals gerade tagte, war es zu danken, daß der Kampf rasch wieder abgestoppt wurde. Die Panamerikanische Konferenz, die den Streitfall endlich beilegen wollte, setzte dann eine Grenzlinie fest, die keine der beiden Parteien jemals wieder überschreiten wollte.

In den folgenden drei Jahren hörten weder Bolivien noch Paraguay auf, ihre Stellungen zu befestigen. Immer wieder kam es auch zu mehr oder weniger ernsten Geplänkeln. Die Kommission der Unparteiischen war nicht imstande, in dem Wust von gegenseitigen Beschuldigungen, die man am Verhandlungstisch der Delegierten der streitenden Länder hören konnte, die Wahrheit zu ergründen. Noch dazu ging es auf dieser Konferenz äußerst stürmisch zu. Schließlich hatten die feindlichen Brüder genug vom Verhandeln; heute unterhalten sie sich wieder blutiger denn je.

Was mancher nicht weiß

Ein Geschäft in Liverpool, das mit Gummischuhen handelt, engagierte zwei junge Mädchen, um die Haltbarkeit der Gummischuhe zu erproben. Sie brauchten nichts weiter zu tun, als mit den Gummischuhen der Firma spazieren zu gehen. Im Laufe von vier Jahren haben sie 24 000 Kilometer auf diese Weise zurückgelegt.

*

Die Fahrstuhlschächte im größten Gebäude der Welt, dem Empire State Building in Neuyork, sind zusammen 14 Kilometer lang. Es fahren unausgesetzt 67 Fahrstühle in ihnen aufwärts und abwärts. Das Gebäude hat 85 Stockwerke über der Erde und zwei unter der Erde und ist 380 Meter hoch.

*

Es gibt in der ganzen Welt 35 781 995 Motorfahrzeuge; davon besitzen die Vereinigten Staaten allein 28 Millionen.

*

Die neuesten Beobachtungen haben ergeben, daß es auch bei den Ameisen Aerzte gibt, die ihre kranken Stammesgenossen behandeln. Wenn eine Ameise sich irgendwelche Gliedmaßen bricht, wird das verletzte Glied behandelt.

Baumwollkrieg

500 000 im Streik

Wenn der nun einmal ins Rollen gekommene Stein nicht im letzten Augenblick aufgehalten werden kann, werden schon in den nächsten Tagen in dem **englischen Baumwollverarbeitungsbezirk von Lancashire 500 000 Menschen im Streik stehen.** Die englische Exportmaschine ist auf wichtigen Gebieten, soweit sie nicht vom Lager arbeiten kann, glattweg brachgelegt.

Man weiß heute nicht, **welche Folgen** dieser Kampf, wenn er längere Zeit dauern sollte, haben wird. In Deutschland liebäugelt man damit, wobei man vielfach von ganz falschen Voraussetzungen vorausgeht, daß der englische Streik auf die deutsche Konjunkturbewegung etwa dieselben Auswirkungen haben könne wie der englische Kohlengräberstreik in der Krise von 1926/27. Wichtiger und sicherer werden die Auswirkungen eines länger dauernden Streiks in der englischen Baumwollindustrie auf die **Weltmarktlage** und auf die **Konkurrenz auf dem Weltmarkt** sein. Wie das ungeheure Ereignis in Lancashire gewiß ein Zeichen für die Betrachtung des Wirtschaftsverlaufs ist, so wird der Streik in England, mag er nun glücklich oder unglücklich ausgehen, der **Arbeiterbewegung der ganzen Welt neuen Impuls geben.** Immer wieder ist ein solcher Impuls von England ausgegangen und ohne Zweifel behalten die recht, die behaupten, daß sich an der englischen Entwicklung die **Kampffronten der Arbeiterschaft** in der ganzen Welt **orientieren** werden.

Auch am Anfang der Ereignisse in Lancashire steht das Bestreben der englischen Baumwollindustrie, die **Löhne zu kürzen**, bis zu einem Ausmaß von **25 Prozent der Lohnbasis** = etwa 15 Prozent des Bruttolohns. Außerdem plant die englische Baumwollindustrie in Lancashire eine straffe Rationalisierung, vor allem in der Art, die Zahl der Webstühle, die der einzelne Weber zu bedienen hat, zu erhöhen. Die Forderung der englischen Baumwollindustrie sind nicht nur unsozial, sondern sie lassen jeden wirtschaftlichen Sinn vermissen. So hat die Pfundentwertung im vorigen Jahr im Endeffekt die englischen Großhandelspreise in die Höhe getrieben. Den gestiegenen Großhandelspreisen passen sich jetzt die Lebenshaltungskosten an. Für Anfang August lag bereits der Teuerungsindex in England 41 Prozent über Vorkriegsstand gegen 45 Prozent vor der Pfundentwertung. Andererseits gehört die Textilindustrie mit der chemischen und der Eisen- und Stahlwarenindustrie zu denjenigen der englischen Industriezweigen, deren Beschäftigungsgrad sich in den letzten Wochen stark gebessert hat. Trotzdem werden die Anlagen der englischen Baumwollindustrie noch nicht einmal zur Hälfte ausgenutzt. Vor dem Beginn des Streiks in Lancashire machte die Arbeitslosigkeit noch über 30 Prozent aus. In diesem Augenblick durch eine sogenannte straffe Rationalisierung noch mehr Arbeiter brotlos zu machen, liegt nicht im wirtschaftlichen Interesse. Schließlich haben sich aber die Gewerkschaften mit den Unternehmern über die Rationalisierung etwas geeinigt. Man war auch bereit, einen Abbau des Bruttolohns von 2 bis 5 Prozent zuzugestehen, gegen 14 Prozent, die von den Unternehmern gefordert werden. Darauf gingen die Unternehmer nicht ein. So kam es zum Streik. **Von etwa 225 000 Webern befanden sich Ende voriger Woche 100 000 im Ausstand.** Der Rest entfällt auf Betriebe, deren Belegschaften (örtliche Gewerkschaften) sich mit den Arbeitgebern geeinigt haben. Dazu werden rund 200 000 Spinner kommen. Damit liegt Lancashire still.

Die große Frage in Kreisen, die an Baumwollmärkten interessiert sind, ist die, wie wird sich Lancashire auswirken und wie werden die andern, vorläufig nicht betroffenen Baumwollindustrien davon **profitieren?** Soweit **Deutschland** in Frage kommt, wird es für die englischen Lieferungen nach den skandinavischen Ländern, dann nach Frankreich, Holland und schließlich z. T. auch nach Uebersee einspringen. Wichtig ist dabei — vom Standpunkt der Engländer aus gesehen — daß es dabei **nicht um Ersatzlieferungen** geht, sondern um die **Märkte selbst.** Die Position der englischen Baumwollindustrie ist also, vom **Marktstandpunkt** aus betrachtet, alles andere als beneidenswert. Der Kampf vom Zaun gebrochen wegen einiger Prozent Lohnabzug, kann sich schwer rächen. Zeichen der Zeit ist, daß man dabei nicht in erster Linie an die Konkurrenz der deutschen Industrie zu denken braucht. **Japan, vor nicht allzu langer Zeit noch Baumwollkunde Europas, hat eine mächtige Baumwollindustrie entwickelt, hat bereits während des nationalistischen Boykotts englischer Baumwollwaren in Indien dort Fuß gefaßt, hat schließlich, die letzten Verkaufsmessen in Europa demonstrierten das, mit der Invasion von Baumwollartikeln nach Europa begonnen.** Dieses Japan hat gegenüber der europäischen Baumwollindustrie einen beachtenswerten Vorsprung. Es hat nämlich **Baumwolle eingekauft**, als die Preise noch sehr tief lagen und die europäischen Verarbeiter zurückhielten. Heute kann Japan, soweit der Rohstoff in Frage kommt, gegenüber der europäischen Baumwollindustrie mit einem **Vorsprung von etwa 30 Prozent** arbeiten.

Aus aller Welt

Drei Tote bei einem Bootsunglück

Waren, 12. Sept. Am Sonntag nachmittag ertranken auf der Müritz am sogen. Rosenberg der Lehrer Langmacher, dessen Sohn Günther und dessen Bruder Walter Langmacher. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Ein Feuerwehrauto schwer verunglückt

Zittau, 12. Sept. Ein zu einer Uebung fahrender vollbesetzter Mannschaftswagen der hiesigen Freiw. Feuerwehr ist gestern vormittag auf der Goethestraße schwer verunglückt. Vier Feuerwehrmänner wurden schwer, vier andere leichter verletzt.

Schwere Stürme an der Ost- und Nordsee

Berlin, 12. Sept. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches treffen Meldungen über schwere Stürme ein. Die ganze Nordseeküste ist von einem heftigen Nordweststurm heimgesucht worden, der u. a. den Dampfer „Glückauf" des Nordd. Lloyd auf seiner letzten Helgolandfahrt zwang, die Nacht über in Helgoland zu verbleiben. Auf Borkum wurde Windstärke zehn gemessen. In der Nähe von Utlandhorn geriet ein Fischkutter in Seenot. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Aus Königsberg wird starker West- und Südweststurm an der Ostseeküste gemeldet. Auch die Stadt Königsberg selbst hatte stark darunter zu leiden. In den Parkanlagen wurden zahlreiche Bäume geknickt und entwurzelt, Ladenschilder wurden heruntergerissen, Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Schäden an den Häusern angerichtet. Der Pregel ist gestiegen und droht über die Ufer zu treten.

Schlägereien nach einem Fußballspiel

Frankfurt a. M., 12. Sept. Bei dem gestrigen Spiel der Eintracht gegen Sportfreunde Frankfurt kam es zu unliebsamen Zwischenfällen, indem sich ein Teil der Zuschauer sehr unsportlich benahm. Nach dem Spiel entwickelte sich zwischen Anhängern der Sportfreunde und Ordnungsleuten der Eintracht Schlägereien, die ein Eingreifen der Polizei notwendig machten.

Großfeuer durch Blitzschlag

Straßburg, 12. Sept. In dem unterelsässischen Dorfe Beinheim hat ein Blitzschlag eine große Feuersbrunst verursacht, der ein Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude von zwei Bauernhöfen zum Opfer fielen.

Ein unmenschlicher Wüstling

Straßburg, 12. Sept. Der Landarbeiter Kremer in Charmes bei Epinal vermißte am Morgen beim Aufstehen seinen achtjährigen Sohn in der Wohnung. Man fand ihn schließlich in einen Sack eingenäht sterbend auf einem benachbarten Grundstück. Bei der Untersuchung ergab sich, daß der Knabe von einem Wüstling mißbraucht und erdrosselt worden war. Das Kind ist bald nach der Auffindung ohne wieder vernehmungsfähig geworden zu sein, gestorben. Als mutmaßlicher Täter wurde der Fuhrmann Würtz aus Thaon verhaftet. Der Leiche des Kindes gegenübergestellt, hat er die Untat eingestanden. Die Gendarmen hatten große Mühe, den Verbrecher vor der Volksmenge zu schützen, die ihn lynchen wollte.

Blutige Auseinandersetzung zwischen Brüdern

Colmar, 12. Sept. Ein sechzehnjähriger Textilarbeiter der Spinnerei in Sulzmatt hatte, arbeitslos geworden, das Haus seiner Eltern verlassen und erklärt, er werde nicht mehr zurückkommen. Seinem älteren Bruder, der ihn zuerst mit Ueberredung, dann mit Gewalt nach Hause zurückzuholen suchte, versetzte er einen Messerstich in die Brust, der ihn lebensgefährlich verletzte. In der darauf entstandenen Verwirrung verschwand der Täter.

Die 500 000-Mark-Prämie gezogen.

Berlin, 12. Sept. In der Ziehung der Preuß. Südd. Klassenlotterie entfiel die Prämie von 500 000 Mark auf das mit 1000 Mark gezogene Los Nr. 341 976. Das Los wurde in der ersten Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der zweiten Abteilung in Westfalen in Achtellosen gespielt.

Dürkheimer Wurstmarkt — 70 000 Besucher

DZ. **Bad Dürkheim, 12. Sept. Die Einladung der Stadt Bad Dürkheim, „In Dürkheim ist Wurstmarkt", hat in der Pfalz und ihren Randgebieten einen ungeheuren Widerhall gefunden und viele Tausende einige Stunden die Schwere unserer Zeit vergessen lassen. Bei Eröffnung des großen Weinmarktes und zum Einzug der Hallenmusiken am Samstag nachmittag waren schon Tausende von Besuchern in der festlichen Stadt und wollten die Freude dieses einzigartigen pfälzischen Festes miterleben. Ein gegen abend niedergehender starker Gewitterregen konnte weder den Zustrom noch die frohe Stimmung auf den Wurstmarktwiesen selbst unterbinden. Riesig war die Besucherzahl, die durch Autos und Omnibusse gekommen war. Die Parkplätze waren überfüllt, so daß in den angrenzenden Straßen zu den Festwiesen noch lange Linien von Kraftwagen standen. Der Sonntag brachte herrliches Wetter und bis zum Festzug der Schubkärcher schon viele Fremde. Autobusse, Rhein-Haardt-Bahn und Extrazüge waren stets gut besetzt, so daß sich stündlich die Besucherzahl erhöhte. Das Hauptkontingent der Besucher stellte neben Baden, Hessen und Württemberg das Saargebiet. Für beide Wurstmarkttage, den Samstag mit 25 000 Besuchern geschätzt, dürften 70 000 Menschen auf dem Volksfest gewesen sein. Große Anforderungen an die Aufsichtsbehörden stellte die Ueberwachung des Straßendienstes. Erfreulicherweise sind die Verkehrsunfälle auf ein Mindestmaß beschränkt geblieben, denn nach den bisherigen Meldungen ereigneten sich nur zwei Verkehrsunfälle, bei denen es aber nur leichte Verletzungen gab.**

Die Ufa beherrscht das Feld

Zusammenbruch der Emelka. — Scharfe Sanierung der Tobis.

In der deutschen Filmwirtschaft haben sich während der letzten Zeit wichtige Veränderungen vollzogen.

Die vielgenannte Emelka, die zeitweise auch in der Reichspolitik eine Rolle spielte, ist völlig zusammengebrochen. Der Antrag auf Eröffnung des Konkurses mußte abgelehnt werden wegen Mangels an Masse. Die Tobis sieht sich, nicht zuletzt unter Druck der Ereignisse bei der Emelka und infolge des Zusammenbruchs des internationalen Küchenmeisterkonzerns, zu einer Sanierung gezwungen, die in der Form vorgenommen wird, daß man das Aktienkapital auf rund 4,5 Millionen Mark halbiert. Den Vorteil aus der ganzen Entwicklung zieht die Hugenberg'sche Ufa und zwar in der Art, daß die Ufa, teilweise auch in der Produktion, aber in erster Linie für eine bestimmte Serie von Theatern, eine Monopolstellung erlangt hat. Die Emelka arbeitete in der Filmherstellung, im Filmverleih, aber dann auch in der Zusammenfassung von Theatern. Zum größten Teil waren diese Theater gepachtet und zu einem Konzern zusammengeschlossen. Die Produktion der Emelka hatte so ein sicheres Absatzgebiet. Mit dem Zusammenbruch der Emelka sind die zusammengeschlossenen Theater frei **geworden; sie haben sich heute schon zum Teil finanziell** stärkeren Partnern zugesellt. Die Hugenberg'sche Ufa hat dabei besonders in Süddeutschland geerbt. Die großen Filmpaläste der Emelka in München und Nürnberg sind an die Ufa übergegangen. Hugenberg hat seine Stellung in der Filmwirtschaft ungeheuer gefestigt und zwar genau in der Art, wie das die amerikanischen Filmtrusts getan haben.

Bei der ganzen Entwicklung hat ohne Zweifel die Tobis versagt. Sie hätte als Konkurrentin der Ufa eingreifen müssen. Tat das aber nicht und bezahlt heute ihre Unterlassung mit einer scharfen Sanierung und mit einer geschwächten Position. Weiter versagte das Reich. Als Severing Innenminister im Reich war, hat er die Sachlage bei der Emelka richtig erkannt. Er verschaffte dem Reich maßgebenden Einfluß auf das Unternehmen und war bestrebt, die Emelka-Position gegenüber der Ufa auszubauen. Die Bestrebungen scheiterten mit dem politischen Wechsel im Reich. Das Reich überließ die Emelka ihrem Schicksal. Damit wurde die Emelka von den Interessenten ausgeschlachtet und mußte vor die Hunde gehen. Man hat damit zahlreiche deutsche Lichtspieltheater dem politischen Diktat und dem Preisdiktat Hugenbergs ausgeliefert. Damit auch die Filmbesucher! Noch mehr als bisher wird der Militärmarsch, der Soldatenfilm und der historische Film mit seiner korrigierten Geschichtsdarstellung das Feld beherrschen. Das kann ja dann heiter werden.

„Staatsbayerns Kampf"

In einem sehr lesenswerten Artikel unter der obenstehenden Ueberschrift behandelt der Münchner Korrespondent der Vossischen Zeitung (Nr. 432, vom 8. 9. 32), Herr Karl Jundt den bayerischen Vorstoß in der Frage der Reichsreform. Herr Jundt schreibt u. a.:

„Die Frage **Preußen und Reich** ist von **Bayern** schon im Jahre 1928 grundsätzlich behandelt worden. Ministerpräsident Dr. Held lehnte die **Hegemoniallösung**, die auf Grund der heutigen Zuständigkeiten des Reichs über die Bismarcksche Verfassung hinaus eine „völlige Verpreußung" des übrigen Deutschlands bedeuten würde, ab, bezeichnete aber die **Frage als diskutabel**, ob Preußen unter Vorbehalt besonderer Rechtssicherungen für die Länder ähnlich wie nach der Versailler Verfassung ein gewisser Vorrang eingeräumt werden könne. Diese Rechtssicherungen gipfeln in folgenden **sieben Forderungen**, die sozusagen das **„Bayerische Programm"** für jeden Umbau des Reiches darstellen:

„1. Die Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung

2. Die Gebietsautonomie der Länder, d. h. die Sicherung gegen Beeinträchtigung des Gebiets der Länder ohne ihre Einwilligung auf dem Wege des Artikel 18.

3. Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches durch Beseitigung oder Abänderung der Artikel 7, 8, 9 und 10 der RV. Der Landesgesetzgebung wären Polizei, Wohlfahrtspflege, Unterricht und Bildungswesen, sowie das Kultuswesen in vollem Umfang zurückzugeben.

4. Sicherstellung der Verwaltung der Länder gegen Eingriffe der Reichsverwaltung.

5. Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbständigkeit der Länder durch eine Ausscheidung der Steuerquellen und die Rückübertragung der Steuerverwaltung für die eigenen Steuerquellen. Die Erstellung eines Finanzausgleichs, der den rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen entspricht und die Erhaltung der Länderselbständigkeit ermöglicht.

6. Ausbau des Reichsrats zum Gesetzgebungsfaktor.

7. Alle diese Rechte der Länder wären nach Artikel 67a der RV. verfassungsmäßig zu sichern.

In bezug auf die Regelung des **finanziellen Verhältnisses zum Reich** hat das aktualisierte „Bayerische Programm" in der Hauptsache jedoch ausgesprochen summarischen Rahmencharakter, der weiten Spielraum läßt für Verhandlungen. **Nirgends mehr ist die Rede von der Notwendigkeit einer radikalen Beseitigung des Erzbergerschen Vermächtnisses**, und selbst im speziell einschlägigen Punkt 5 der Forderungen ist das **Verlangen nach uneingeschränkter Finanzhoheit nicht ausdrücklich festgelegt.** Handelt es sich ebenfalls um eine — mehr **politische — Verhandlungsthese?** In Süddeutschland wird jetzt vielfach wieder über ein **Zuschlagsrecht** für die **Reichssteuern** gesprochen. **Die Länder selbst waren es, die dieser Selbsthilfe widersprachen, sahen sie doch die Zwangslage zu billiger Rücksichtnahme auch auf den Lebensstandard der unter den erdrückenden Wohlfahrtslasten seufzenden Gemeinden voraus; in Finanzfragen vertreten eben die Länderregierungen erst recht ihren widerspruchsvollen politischen Standpunkt: dem Reich gegenüber föderalistisch, im eigenen Haus aber stramm zentralistisch!**

Inzwischen ist aber, zwar in aller Stille, die Auffassung von Fachleuten durchgedrungen, **wonach die volle Rückgabe der Finanzhoheit nicht nur ein neues, unentwirrbares allgemeines Durcheinander im Reich schaffen**, sondern auch für die Länder nichts anderes als ein **Danaer-Geschenk** bedeuten würde. Nach § 35 des Finanzausgleichsgesetzes sorgt heute noch immer der steuerlich Stärkere für den „Kostgänger" mit der schwächeren Wirtschaft. **Loslösung etwa der großen Steuern, der Einkommen- und der Körperschaftssteuer, vom Reich würde manchem Land die Pflicht eines empfindlichen Anziehens der Steuerschraube auferlegen, um auch nur die heutige staatliche „Souveränität" aufrechterhalten zu können, gar nicht zu reden von der Finanzkatastrophe, die dann sofort über alle Staatsgebiete mit notorisch-parteipolitischer Mißwirtschaft hereinbrechen müßte!**

Die Notjahre haben zu drastischen Erkenntnissen geführt: der Steuergläubiger legt heute Wert darauf, soweit wie nur immer möglich, vom Steuerschuldner entfernt zu sein. Wäre es, um nur ein Beispiel herauszugreifen, den Ländern etwa möglich gewesen, als reine Selbstversorger glatt die Bürgersteuer durchzusetzen? **Der Versuch, sie auf landeshoheitliche Verantwortung zu stellen, hätte unweigerlich die wildesten Interessenkämpfe in sämtlichen Länderparlamenten heraufbeschworen, und die Ländermittelpunkte hätten ihrerseits das fortwährende Geschimpfe auffangen müssen, das heute so bequem nach der Zentrale Berlin abgeleitet wird.** So überläßt man vielleicht doch lieber auch weiterhin dem Reich die undankbare Aufgabe, wenigstens des grundsätzlichen Bestimmens der Wege zur Beschaffung der staatlichen Existenzmittel; es ist weit, und nur wenige der Steuerschuldner durchschauen klar das zweideutige Gezeter vom „Steuergroschen, wohin rollst du?" **Sollten je einmal die Länder wieder uneingeschränkt ihre eigenen Gerichtsvollzieher sein müssen, so würde sicherlich auch das Maß an Unpopularität anders ausgeteilt sein als heute; denn der Steuerschuldner könnte dann seine Klage direkt dem eigenen, näheren Landesgläubiger servieren, der sie heute bequem nach Berlin „überweist" . . ."**

Soziale Rundschau

Nazis! Mal herhören!

Eine Belohnung winkt

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sichert in Nr. 36 des Landarbeiter denjenigen Landarbeitern eine hohe Belohnung zu, die ihm nationalsozialistische Landwirte namhaft machen, die seit Erscheinen der parteiamtlichen nationalsozialistischen Schrift Nr. 17: „Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft", die darin aufgestellten Forderungen für Landarbeiter in ihren Betrieben in die Tat umgesetzt haben. Die Forderungen lauten:

1. Gerechte und kameradschaftliche Behandlung.
2. Lohn: Den Ertrag von 12 Morgen gutem Boden, 15 Morgen mittlerem Boden und 19 Morgen leichterem Boden.
3. Wohnung: Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer der Eltern, Schlafzimmer der Kinder, Schlafzimmer für erwachsene Kinder oder Hofgänger, Abstellraum, Speisekammer, drei Kellerräume.
4. Baderäume auf dem Gut.
5. Hausgärten von 2 Morgen.
6. Räume für Bildungs- und Schulungszwecke mit Rundfunkeinrichtung.

Für den Fall, daß den Landarbeitern nationalsozialistische Landwirte nicht bekannt sind, ist der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes ferner auf Wunsch bereit, eine Anzahl, u. a. Reichstagsabgeordnete und Landwirtschaftskammerpräsidenten, zu benennen.

Jahresbericht über die Angestelltenversicherung

Der Rückgang in den Beitragseinnahmen und die Steigerung in den Leistungsausgaben haben auch in den hinter uns liegenden Monaten des laufenden Jahres angehalten. Der Beitragseingang hat sich folgendermaßen gestaltet: Januar: 26,4 Millionen, Februar: 24,8, März 25,2, April: 24,8, Mai: 23,6, Juni: 23,7 Millionen. — Das ergibt für das erste Halbjahr 1932 eine Gesamtbeitragseinnahme von 148,5 Millionen, während das erste Halbjahr 1931 noch 177,4 Millionen gebracht hatte. Die Mindereinnahme stellt sich also gegenüber dem Vorjahre auf rund 29 Millionen.

Die Ausgaben für Rentenleistungen haben sich demgegenüber wie folgt entwickelt: Ruhegehalt: Januar 13,4 Millionen, Februar 13,2, März 13,5, April 13,7, Mai 13,7, Juni 13,9 Millionen. — Hinterbliebenenrenten: Januar 4,76, Febr. 4,25, März 4,27, April 4,36, Mai 4,36, Juni 4,39 Millionen. — Das ergibt beim Ruhegelde eine Gesamtausgabe von 81,4, bei den Hinterbliebenenrenten von 26,40 Millionen. Dieser Ausgabe stand im ersten Halbjahr 1931 gegenüber dem Ruhegeld ein Betrag von 71,3 Millionen, so daß sich nunmehr ein Mehr von rund 10 Millionen ergibt. Bei den Hinterbliebenenrenten haben wir dagegen gegenüber dem Vorjahre (26,74 Millionen) einen kleinen Rückgang zu verzeichnen (340 000 ℳ).

Kleine badische Chronik

Der mysteriöse Brandfall in Mörsch

Mörsch (Amt Ettlingen), 12. Sept. In der Behausung des Straßenwarts a. D. Josef Gerstner wurden zwei Brandherde festgestellt, und zwar ein solcher in der Scheune, der andere im Wohnzimmer. Im letzteren wurde auch die Leiche Gerstners mit schweren Brandwunden aufgefunden; doch dürfte der Tod schon vorher durch Ersticken eingetreten sein. Im Wohnzimmer waren alle möglichen Sachen zusammengetragen, so Federbetten, Weißzeug und Schriftstücke, und es war versucht worden, diese Gegenstände in Brand zu stecken. Das Feuer kam indessen nicht richtig zur Entfachung, weil die Luftzufuhr fehlte. Es waren nämlich sämtliche Fensterläden von innen eingehakt und auch die Ausgangstüre von innen verriegelt, so daß sie eingeschlagen werden mußte. Es ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß bei dem Brandfalle eine dritte Person nicht in Frage kommt und daß der **Verlebte selbst die Brandstiftung verübt und dabei den Tod gesucht und gefunden hat.**

*

* **Heidelberg**, 12. Sept. **Wohnungseinbruch am hellen Tag 800 Mark Schaden.** Wie jetzt erst bekannt wird, wurde am Freitag vormittag die Wohnung der Familie Kratzert in der Ladenburger Straße 54, 4. St., von Einbrechern heimgesucht, während der Mann im Dienst und die Frau auf dem Wochenmarkt war. Den Eigentümern ist ein Gesamtschaden von rund 800 Mark entstanden. Am Samstag sind bereits drei ähnliche Einbrüche in Ludwigshafen verübt worden.

* **Heidelberg**, 12. Sept. **Tödlicher Sturz.** In Schönau bei Heidelberg wollte in der vergangenen Nacht der Löwenwirt Adam Gärtner ein unruhig brennendes Licht an der Gerüststange in Ordnung bringen, wobei er aus drei Meter Höhe so unglücklich abstürzte, daß der Tod schon nach wenigen Stunden eintrat. Der „Löwen" war gestern nach vollständiger Renovierung wieder in Betrieb genommen worden.

* **Walldorf** bei Wiesloch, 12. Sept. **Tödlicher Verkehrsunfall.** Sonntag vormittag fuhr der Automechaniker Hagmaier mit seinem Taxameter von der Luisen- in die Nußlocher Straße, um einige Fahrgäste auf das Fluggelände zu bringen. Bei der Einfahrt in die Straße geriet er auf die gegenüber liegende Hausfront, wobei der 51 Jahre alte Georg Stephan, der mit seinem Fahrrad nach Hause fuhr, vom Auto erfaßt wurde. Gleich darauf fiel der eine Torflügel der Scheune, durch den Anprall aus den Angeln gehoben, mit seiner ganzen Schwere auf Stephan nieder und begrub ihn unter sich. Zwei Nachbarn, die ihn unter dem Tor hervorzogen, konnten nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Hagmaier, der erst am Morgen von einer Fahrt auf dem Dürkheimer Wurstmarkt zurückgekehrt war, wurde bis zur endgültigen Aufklärung in Haft genommen.

* **Mannheim**, 12. Sept. **Kind von einem Faß erdrückt.** Im Hofe eines Anwesens in Mannheim-Rheinau ist ein fünf Jahre alter Knabe dadurch tödlich verunglückt, daß er sich in einem unbewachten Augenblick an einem mit zwei schweren Fässern beladenen Handwagen zu schaffen machte, wobei sich die beiden Wagenstützen lösten und der Junge von einem herabstürzenden Faß erschlagen wurde.

* **Albbruck** (Amt Waldshut), 12. Sept. **Tödlicher Unfall am Kraftwerk Albbruck.** Am hiesigen Kraftwerkbau ereignete sich am Sonntag früh ein tödlicher Unfall. Ein Arbeiter bemerkte, daß durch die nasse Witterung Strom aus der Leitung in das Eisengerüst gekommen war, wollte es melden und stieg vom Bau herab. Während seiner Abwesenheit bestieg der verheiratete Zimmermann Bernhard Tuscher das Gerüst, berührte das Eisen und war auf der Stelle tot. Das ist der dritte tödliche Unfall am Werkbau und der siebte am Kraftwerk überhaupt.

* **Pforzheim**, 12. Sept. **Zwei wertvolle Pferde durch Starkstrom getötet.** Im Hofgut Buckenberg riß der Sturm einen Draht der 220/330 Volt-Drehstromleitung herunter. Als nun heute morgen bald nach 6 Uhr ein Gespann des Gutspächters Elsässer zum Futterholen ausfahren sollte, kamen die beiden Pferde mit dem Draht in Berührung und stürzten sofort tot zusammen. Die beiden Tiere, eine vier- und eine sechsjährige Stute, haben einen Wert von zusammen über 3000 Mark.

* **Bühl**, 12. Sept. **Auto fährt in eine Radfahrergruppe.** Am Sonntag nachmittag fuhr an der Ecke Oberweierer Straße und Hauptstraße ein Personenauto in eine Gruppe Radfahrer hinein. Dabei wurde ein Radfahrer namens Otto Herzler aus Oberhausen (Amt Emmendingen) zu Boden gerissen und so schwer verletzt, daß er ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte.

h. **Bietigheim**, 12. Sept. **Landungspech.** Gestern nachmittag nahmen zwei Flugzeuge des Badisch-pfälzischen Luftfahrtvereins auf hiesigem Wiesengelände Zwischenlandungen vor, wobei eine Maschine bei der zweiten Landung vom Pech verfolgt war. Dieselbe streifte im Gleitflug eine Pappel, so daß die Maschine ins Trudeln kam und zu Boden absackte. Dabei wurde der Motor und die Flügel stark beschädigt, jedoch konnten die beiden Insassen, zwei junge Flugschüler mit dem Schrecken davon kommen.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Freitag, 16. September:

Wilferdingen: Abends ½9 Uhr spricht im Rathaussaal Rechtsanwalt Gen. Veit-Karlsruhe in einer öffentlichen Versammlung. Thema: Politische Situation — Umbau der Wirtschaft — Sicherstellung der Existenz der notleidenden Schichten.

Samstag, den 17. September:

Kehl: Abends 8 Uhr im „Barbarossa" Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Stadtrat Schmekenbecher-Baden-Baden über „Die Anträge der Partei im Reichstag auf Umbau der Wirtschaft und Sicherstellung der Existenz der notleidenden Schichten."

Sonntag, den 18. September:

Freistett: Mittags 3 Uhr spricht in einer öffentlichen Versammlung Gen. Stadtrat Schmekenbecher-Baden-Baden. Thema: Die Anträge der Partei im Reichstag auf Umbau der Wirtschaft und Sicherstellung der notleidenden Schichten.

Ettlingen: Mittags ½3 Uhr im „Sternen" **Mitgliederkonferenz** für den Amtsbezirk Ettlingen. Reichstagsabg. Gen. Remmele spricht. Thema: Die politische Situation und die Anträge der Partei auf Umbau der Wirtschaft und Sicherstellung der Existenz der notleidenden Schichten. Hierzu sind sämtliche Genossen des Amtsbezirks Ettlingen eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sorgt allerorts für Massenbesuch!

Das Parteisekretariat.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 10. September: Georg Vogel, Werkmeister a. D., Ehemann, 71 Jahre alt. Beerdigung am 13. September, 14 Uhr. Bürogehilfin Frieda Moser, 29 Jahre alt, ledig. Elfriede, 14 Jahre alt, Schülerin, Vater Wilhelm Ulrich, Glaser. Beerdigung am 13. September, 13.30 Uhr. Stefanie Martin, 66 Jahre alt, Witwe von Bernhard Martin, Taglöhner. — 11. September: Paula Stoll, 59 Jahre alt, Witwe von Otto Stoll, Kaufmann. Beerdigung am 14. September, 14 Uhr. Paul Vogel, Kaufmann. Ehemann, 33 Jahre alt. Beerdigung am 13. September, 16 Uhr. Theodor Altenbach, Spediteur, Ehemann, 64 Jahre alt. Beerdigung am 13. September, 15 Uhr. Amalie Jost, 65 Jahre alt, Witwe von August Jost, Buchbinder. Feuerbestattung am 13. September, 14 Uhr. Barbara Mayer, 61 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Mayer, Kutscher. Beerdigung am 13. September, 13 Uhr.

Heute ist jeder darauf bedacht, preiswert und gut einzukaufen, d. h. man möchte für sein Geld auch den richtigen Gegenwert an Ware erhalten. Es gibt wohl kaum einen Artikel, dessen Güte im gleichen Maße nur vom Fachmann beurteilt werden kann wie Solinger Stahlwaren. So können Sie z. B. eine Schere schon für 35 Pfg. kaufen, die aber die Bezeichnung „Schere" nur dem Aussehen nach verdient, also wertlos ist. Ebenso ist es bei Bestecken, Taschenmessern, Rasiermessern, Nagelpflege-Instrumenten etc. Auch das Schleifen dieser Sachen sollte man nur einem Fachmann übertragen. Straßenschleifer verfügen über völlig unzulängliches Werkzeug und meistens gar keine Fachkenntnisse, dabei verlangen sie aber die gleichen Preise für ihre „Arbeit" wie das Fachgeschäft. Im Schaufenster der bestbekannten Firma Kratz, Waldstraße 41, neben Café Nagel, finden Sie eine auf diesem Gebiet interessante Gegenüberstellung von „Gut" und „Böse".

Letzte Nachrichten

Auflösung des Hessen-Landtages

Darmstadt, 12. Sept. (Eig. Draht.) In Anbetracht der Auflösung des Reichstags ist nunmehr auch die Auflösung des hessischen Landtags zu erwarten. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß am Montag nachmittag alsbald einen entsprechenden Antrag einzubringen. Bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen im Landtag kann mit der Annahme des Antrags gerechnet werden, auch wenn die Nationalsozialisten dagegen stimmen sollten.

Dorfbrand im Kanton Wallis

WTB. Fiesch (Kanton Wallis), 13. Sept. Das Dorf Blitzingen steht seit heute früh 1,45 Uhr in Flammen. Zur Zeit brennen bereits die größten Wohnhäuser. Das 240 Einwohner zählende Dorf bildet rechts und links der Hauptstraße ein riesiges Flammenmeer. Der Hauptteil des Dorfes gilt als verloren. Die Feuerwehren des ganzen Oberwallis weilen am Brandort. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Aus der Stadt Durlach

In eigener Sache. Unter dem Stichwort: **Eine mustergültige Herberge** wird in der sogen. Mannheimer Arbeiterzeitung über mich und meine Frau ein Elaborat veröffentlicht, wie es eben nur ein Kommunist und speziell ein gewisser „Herr" in Durlach fertig bringt. Mit diesem Burschen mich auseinander zu setzen, hat natürlich keinen Zweck, und wer die Arbeiterzeitung und ihren Durlacher Berichterstatter kennt, wird das verstehen. Eines nur an die Adresse des Betreffenden: Wenn ich es so gut verstünde, „Berufserwerbslosigkeit" zu einem immerhin gut rentierenden „Beruf" zu machen, wie gewisse andere Leute, würde ich jedem neidlos meinen Posten als Herbergsverwalter gönnen. Auch meine Zigarren, die ich rauche, habe ich mir bis jetzt immer selbst bezahlen können.

Was der Artikler über meine Frau und ihre Tätigkeit in der Herberge schreibt, ist restlos erlogen und ich nenne ihn so lange einen gemeinen Verleumder, bis er den Wahrheitsbeweis erbringt.

Im übrigen hat der in Frage kommende Hausbursche, wenn man ihn so nennen will, mit mir und meiner Familie am Tisch gegessen und gevespert, ferner wurde seine Wäsche von uns gewaschen. Er war morgens um 10 Uhr fertig mit seiner Arbeit bis abends. Seine tägliche Arbeitszeit betrug höchstens 7 Stunden, dafür erhielt er 5 Mk. wöchentlich und freie Station, weil ich nicht mehr bezahlen konnte. Es ist bezeichnend für diesen Burschen, daß er in der Badischen Presse, während er bei mir war, ein Arbeitsgesuch losließ, worin er sich erbot, jede Arbeit lediglich für das Essen anzunehmen. So sehen die Gewährsmänner der kommunistischen Zeitung aus.

F. Flohr.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Morgen Mittwoch um 20 Uhr

Parteiversammlung

im „Elefanten". Genosse Remmele berichtet.

Bezirk Daxlanden

Parteigenossen, Parteigenossinnen, Volksfreundabonnenten, Kameraden der Eisernen Front! Am Mittwoch, 14. September, abends ½9 Uhr findet im Karlsruher Hof (Volkshaus) eine Parteiversammlung statt, in der Gen. Pfarrer Kappes über das Thema: „Die Reichstagswahlen — was nun" spricht. Referent und Thema dürften dafür bürgen, daß auch der letzte Genosse erscheint, um zu hören, wohin der Weg in Deutschland führt, wenn die Hungerpolitik Papens weiter geführt wird. Darum erscheint alle. Kein Trinkzwang.

...rochen werden, so beantragten die Kommunisten sofortige Anbe...mung einer neuen Sitzung für heute.

Abg. **Löbe** (S.) beantragt, als zweiten Punkt auf die Tagesord...ung der heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf **...ufhebung der Notverordnung** zu setzen. Es sei ja sicher, daß der ...tschnationale Fraktionsführer dem kommunistischen Antrag ...dersprechen werde.

Präsident **Göring** richtet nun an das Haus die Frage, ob dem ...mmunistischen Antrag widersprochen werde.

Von keiner Seite kommt Widerspruch. Diese **überraschende** Wen...ung wird mit Bewegung und Heiterkeit aufgenommen, denn damit ...rte die sofortige Abstimmung über Notverordnung und Mißtrau...santrag beschlossen.

Abg. Dr. **Frick** (NS.) beantragt, die Sitzung auf eine halbe ...unde zu **unterbrechen.** Dieser Antrag wird mit den Stimmen der ...tionalsozialisten und des **Zentrums angenommen.**

Als um 3.46 Uhr der Reichstagspräsident die Sitzung wieder er...nete, stellte er fest, daß **kein Widerspruch** gegen die Aenderung ...r Tagesordnung erfolgt sei und das Haus zur Abstimmung über ...n Antrag auf Aufhebung der Notverordnung schreite. **Reichskanz...r v. Papen, der demonstrativ die rote Auflösungsmappe in der ...nd hielt, meldete sich zum Wort.** Präsident Göring wies die ...rtmeldung mit der Feststellung ab, daß das Haus schon in der ...stimmung begriffen sei. **Darauf überreichte Reichskanzler v. ...pen dem Präsidenten aus der roten Mappe ein Blatt mit der ...flösungsorder, deren Annahme jedoch der Präsident ablehnte.** ...leichzeitig verließ die Regierung den Saal. Der Präsident stellte ...ch fest, daß gleichzeitig über sämtliche Mißtrauensanträge gegen ...e Regierung abgestimmt werde.

Bei der namentlichen Abstimmung geben die Deutschnationalen ...ine Neinstimmen ab.

Reichstagspräsident **Göring** verkündet das Ergebnis der nament...chen Abstimmung über den Mißtrauensantrag und über die Auf...ebung der Notverordnung: Es sind abgegeben worden: **550 Kar...n.** 50 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, 32 Karten ...uteten mit Nein, **513 haben mit Ja gestimmt. Der Mißtrauens...ntrag und der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung sind da...it angenommen. (Stürm. Beifall).**

Reichstagspräsident Göring: Die Abgeordneten Dr. Oberfohren ...d Torgler haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ...ht das Wort dazu nicht. Nachdem bereits die Abstimmung begon...n hatte, hat der Herr Reichskanzler um das Wort ersucht. Nach der ...bstimmung hätte ich ihm der Verfassung gemäß das Wort erteilt. ...ährend der Abstimmung war das nicht möglich. Während dieser ...bstimmung hat er mir eine Auflösungsorder des Herrn Reichsprä...denten überreicht, ein Schreiben, das nunmehr, da es gegengezeich...et ist von einem Reichskanzler und einer Regierung, die durch die ...nmehr durchgeführte Abstimmung als gestürzt zu bezeichnen ist, ...nfällig geworden ist. (Stürm. Beifall bei der NS.). Der Reichs...ngspräsident verliest dann die Auflösungsorder und erklärt dazu ...chmals, daß eine solche Auflösungsorder nicht rechtsgültig sein ...nne, wenn sie gegengezeichnet sei von einer Regierung, der die ...erwältigende Mehrheit der deutschen Volksvertretung das Ver...auen entzogen habe und hinter der im Deutschen Reichstag nur ...Abgeordnete stehen. Er werde dem Reichspräsidenten von dieser ...ersache Mitteilung machen und ihn bitten, unter diesen Umständen ...ine Auflösungsorder zurückzuziehen.

Stimmungsbild vor der Auflösung

WTB. **Berlin,** 12. September. Die **zweite** Sitzung des Reichstags ...geanete beim Publikum wieder außerordentlich starkem Interesse. ...chon in den frühen **Morgenstunden** hatten sich in der Umgebung ...s Reichstagsgebäudes Neugierige angesammelt, während am Por...al V eine Menschenschlange auf die Ausgabe von **Tribünenkarten ...artete,** obwohl wenig Aussicht besteht, noch Karten zu erhalten. ...uch der Anmarsch der Volksvertreter begann schon in den zeitigen ...ormittagsstunden, da sämtliche Fraktionen vor dem Plenum Sit...ungen abhielten. Als erstes Partei-Gremium begann der geschäfts...ührende Zentrumsvorstand seine Beratungen. In der Plenarsit...ung, die um drei Uhr beginnt, wird ausschließlich Reichskanzler ...n Papen die Regierungserklärung verlesen. Das Reichskabinett ...itt mittags nochmals zusammen, um eine letzte Durchsicht der Re...ierungserklärung vorzunehmen. Wie es heißt, wird die Erklärung ...es Kanzlers sehr ausführlich sein und mindestens eine Stunde in ...nspruch nehmen. Sie soll eine umfassende Programmerklärung der ...egierung auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik darstel...en. Sicherlich wird der Kanzler dabei auch auf die zwischen Natio...nalsozialisten und Zentrum schwebenden Verhandlungen mit dem ...iele einer Umbildung der Regierung eingehen und dabei die Auf...assung des Reichspräsidenten vertreten, daß das gegenwärtige Prä...idialkabinett im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung unter ...llen Umständen erhalten werden soll. Nach den Vereinbarungen, ...ie zwischen Nationalsozialisten und Zentrum am Samstag getrof...en worden sind, soll die Aussprache über die Regierungserklärung ...m Dienstag beginnen. Ob diese Absicht aufrechterhalten wird, ...ängt von der Lösung der Frage des Empfanges der Parteiführer ...urch den Reichspräsidenten ab. **In dieser Frage herrscht zurzeit ein ...rosses Durcheinander.** Nachdem der Reichspräsident die Parteien für ...Dienstag eingeladen hatte, wurde am Samstag auf Wunsch der ...Parteien eine Vorverlegung des Besuches auf Montag vereinbart. ...Kurze Zeit darauf wurden auch diese Dispositionen wieder umge...worfen und die Parteien wünschten den Empfang erst für Donners...tag. **Es ist nicht zu verkennen, daß dieser wiederholte Wechsel der ...Wünsche der Parteien beim Reichspräsidenten eine gewisse Verstim...mung hervorgerufen hat, so daß zurzeit ein neuer Termin für den ...Empfang überhaupt nicht festgesetzt worden ist.**

Löbe beruft den Ueberwachungsausschuß ein

WTB. Berlin, 12. Sept. Als Mitglied des Aeltestenrates und ...gleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichs...tages hat der sozialdemokratische Abg. Löbe folgenden Brief an ...en Reichstagspräsidenten Göring gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aeltestenrates nehmen ...an der von Ihnen einberufenen Aeltestenratssitzung nicht mehr ...teil, da der Aeltestenrat durch die Auflösung des Reichstages mit...betroffen worden ist.

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlußansprache auf...geworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der ...Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen ...wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde ...den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekanntgeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung Löbe."

Streit um die Rechtsgültigkeit der Reichstagsauflösung

WTB. **Berlin,** 12. Sept. Wie wir erfahren, fand nach der Reichs...tagssitzung beim Präsidenten Göring eine Aussprache zwischen den ...Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt, in der ...die Vertreter des Zentrums zum Ausdruck brachten, daß an der ...Rechtsgültigkeit der Auflösung des Reichstags gar kein Zweifel be...stehen könne. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde die Aeltesten...ratssitzung abgesagt und der Plan eines neuen Zusammentritts ...des Reichstages fallen gelassen. Präsident **Göring** hat sich vorbe...halten, eine Klärung der verfassungsrechtlichen Streitfrage durch Juristen herbeiführen zu lassen. Es ist möglich, daß deshalb der Staatsgerichtshof angerufen wird, was nötigenfalls wegen der vielleicht umstrittenen Legitimation zu einem solchen Vorgehen durch eine oder mehrere Länderregierungen geschehen könnte. Bis zu einer solchen verfassungsrechtlichen Entscheidung wird jedenfalls eine neue Reichstagssitzung nicht stattfinden. Dagegen ist beabsichtigt, den Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung einzuberufen und schon in den nächsten Tagen zusammentreten zu lassen.

Werben, werben!

Der ADGB zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation

Der Haß aller Arbeiterfeinde richtet sich seit Jahren gegen die Gewerkschaften. Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise nahm die Hetze gegen die Gewerkschaften gefährliche Formen an. Die Abwehr dieser Hetze war ein schweres Stück Arbeit. Sie ist es noch. Gewiß haben sich die Gewerkschaften in diesem Abwehrkampf wacker geschlagen. Trotzdem müssen aus den **Erfahrungen des Kampfes** rechtzeitig die nötigen **Lehren** gezogen werden. Der **Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** beschäftigte sich daher am Samstag nach seiner Stellungnahme zum **Wirtschaftsprogramm** der Reichsregierung eingehend mit der **Frage der gewerkschaftlichen Agitation.** Hermann **Schlinge** vom Bundesvorstand und Dr. H. **Seelbach,** der Leiter der Bernauer Bundesschule, beleuchteten die Werbetätigkeit der Gewerkschaften und die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit.

Schlimme wies darauf hin, daß die Gewerkschaften jährlich Millionen Mark aufwenden müssen lediglich für die Gewinnung neuer Mitglieder. Noch stünden mindestens 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Beschäftigung, und von ihnen müsse der größere Teil noch für die Gewerkschaften gewonnen werden. **Die Gewerkschaften müßten daher fortgesetzt prüfen, ob durch gemeinsame Agitation eine rationellere Werbung neuer Mitglieder möglich ist.** Zum Wort und zur Schrift als Mittel der Agitation seien in neuerer Zeit das Lichtbild, der Film, die Ausstellung hinzugetreten. Die bisher angewandten Methoden müßten von neuem überprüft, neue Formen müßten gesucht werden.

Die wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit liegt im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Große aufrüttelnde Arbeitskämpfe gibt es aber gerade in der Krise wenig. Unlautere Propagandamethoden können sich die Gewerkschaften angesichts ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse nicht erlauben. Das **berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl** hat sich noch stets als bestes Bindemittel erwiesen. Die **Hauptwerbearbeit** wird deshalb auch künftig **bei den Einzelverbänden** liegen. Doch müssen die **Einzelerfahrungen ausgetauscht** und in einer zentralen Stelle ausgewertet werden. In jedem Verbandsvorstand, in den Bezirks- und Ortsverwaltungen, ja in jedem größeren Betrieb, soll eine **Agitationskommission** eingesetzt werden. Die **Ortsausschüsse** des **ADGB.** müssen die Einzelerfahrungen zur Aufstellung **gemeinsamer Werbepläne** verwenden. Besonders ist wichtig die Werbearbeit unter den **Jugendlichen,** Lehrlingen und Frauen. Die Jugendlichen können als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten. Propagandaarbeit bedeutet für sie gleichzeitig Einführung in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Die Gewinnung der zahlreichen **unorganisierten Arbeitslosen** durch bereits organisierte Arbeitslose ist unter Führung der Ortsausschüsse gemeinsam mit den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter in die Wege zu leiten.

Dr. **Seelbach** machte darauf aufmerksam, daß in der Nachkriegszeit die Bildungsarbeit der Organisationen als Folge der neuen Machtstellung der Gewerkschaften auf **sachliche Schulung** eingestellt wurde. Durch die Wandlungen infolge der Krise seien in der Bildungsarbeit wieder neue Aufgaben gestellt worden: **der Mensch müsse tiefer erfaßt und stärker für den Kampf um die Ziele der Organisationen eingesetzt werden.** Die neue Werbearbeit dürfe sich nicht nur auf die bisherigen praktischen Erfahrungen stützen, sie müsse auch die Erkenntnisse der Werbewissenschaften verwerten. Die Agitation sei nicht nur eine individuelle Angelegenheit, sondern Gegenstand einer umfassenden planmäßigen Organisation.

Die **Aussprache** brachte in sehr anregender Weise die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände zum Ausdruck. So wurde hervorgehoben, daß Verbände, deren Mitglieder sich weit über das **platte Land** verbreiten, immer wieder zur Agitation von Mund zu Mund zurückkehren und ihre Methoden streng an besondere Verhältnisse anpassen müssen. Zustimmung erfuhr der Gedanke, daß **in der Agitation die großen Gesichtspunkte der Bewegung** und ihrer **Ziele stark** in den Vordergrund gedrückt werden. Für **wichtig** wurde die **Schnelligkeit in der Ausnutzung wichtiger Vorgänge** für die Agitation und in der **Abwehr von Angriffen** gehalten. Die Gewerkschaftspresse, so wurde fast allgemein hervorgehoben, müsse ihren Charakter dem agitatorischen Bedürfnis der Verbände anpassen. Werbung mit Schlagworten, wie sie die politische Agitation beherrsche, könne für die Gewerkschaften nicht das entscheidende Vorbild sein.

Die Hausagitation habe nach wie vor ihre große Bedeutung. **An Kräften für die Werbearbeit fehle es nicht;** denn **viele jüngere Gewerkschaftsmitglieder warteten nur darauf,** daß sie Gelegenheit bekommen, **sich tätig für die Bewegung einzusetzen. Zusammenarbeit der Verbände** mit Unterstützung einer zentralen Stelle werde in vieler Beziehung von Vorteil sein.

Die **Debatte über die Werbearbeit** der Gewerkschaften wird von dem Bundesausschuß **nicht als beendet** angesehen. Die Zusammenarbeit der Verbände auf dem Gebiet der Agitation und die weitere Behandlung des Themas in künftigen Bundesausschußsitzungen wird durch das Büro des ADGB. vorbereitet werden.

Ich – von Papen – Baron

Mit Hindenburg — für Deutschland, kommandierte am Montag abend am Schluß seiner Wahlrede Herr v. Papen im deutschen Rundfunk. Er, der Reichskanzler, hatte aber wohl selbst das Gefühl, daß laute Töne ab und zu vermischt mit schmelzenden und schmalzigen Worten noch lange nicht genügen, um einen Reichstag hervorzubringen, der ihm gnädiger gesinnt sei als der eben beseitigte.

Deshalb ließ der Führer der Barone alle Schutzheiligen aufmarschieren, deren er habhaft werden konnte.

„Ich, der Reichskanzler", „Mir, dem Reichskanzler" ... Ich, .. Ich .. so klang es immer wieder, um die erstaunten Hörer und Wähler stets aufs Neue zu überzeugen, daß in der Tat ein deutscher Reichskanzler zu ihnen spreche und nicht der Mann im Monde. Jawohl, der Herr Reichskanzler v. Papen, der sich in dieser Rede als der Nationalste aller Nationalen pries, als der Frömmste der Frommen als der Braunste aller Nazibraunen, der zentrümlerischste aller Zentrümler, als der größte Bolschewistenund Marxistenfresser, der Adelichste unter allen Baronen und zugleich der Sozialste unter allen Sozialen.

Alle diese Eigenschaften schienen Ihm, dem Reichskanzler, aber die Rede noch nicht genügend gewürzt zu haben, und den Erfolg nach nicht vollends zu verbürgen. Und so mußte noch ein Bismarck her, den Er, der kleine Reichskanzler, als seinen großen Vorgänger bezeichnete. Ja, der liebe Gott selbst durfte nicht fehlen und Herr v. Papen bewies mit kraftvoller Stimme, daß er auch mit den himmlischen Mächten verbündet ist. Er, der Reichskanzler, schloß: Mit Hindenburg — für Deutschland!

Im Bunde mit Ihm, dem Reichskanzler, sind 32 von 607 und diese marschierten am 13. April 1932 bei der Reichspräsidentenwahl nicht mit, sondern gegen Hindenburg, also gegen Deutschland.

Die Fraktion der SPD.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag nach der Auflösung des Reichstags zu der durch den Auflösungsakt der Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung.

Von dem Schreiben des Abgeordneten Löbe als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses an den Reichstagspräsidenten Göring wurde zustimmend Kenntnis genommen. Einstimmigkeit bestand darüber, daß die sozialdemokratische Fraktion sich nicht dazu hergeben dürfe, das verlogene Manöver der Nationalsozialisten mit der Verfassung irgendwie zu unterstützen. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Kampf gegen die Regierung Papen und gegen jede Koalition, die dem Volk eine einseitige Partei- und Gewaltherrschaft aufzwingen will, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln weiterführen. Aus diesem Grunde hat die Fraktion in der Montagssitzung des Reichstags dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung, sowie die von ihr und den Kommunisten gestellten Mißtrauensanträge sofort auf die Tagesordnung gesetzt und über sie abgestimmt wurde.

Am Dienstag vormittag 10 Uhr hält die sozialdemokratische Fraktion eine neue Sitzung ab.

*

Die für Montag nachmittag um 5 Uhr in Aussicht genommene Sitzung des Aeltestenrats des Reichstags ist abgesagt worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aeltestenrats hätten sich an dieser Sitzung nicht beteiligt, weil sie die Auffassung vertreten, daß der Aeltestenrat durch die Auflösung mitbetroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumsfraktion dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt hatten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat sich Präsident Göring veranlaßt gesehen, auch die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags abzusagen.

Papen gegen den Nazipräsident

Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des Reichstages der sechsten Wahlperiode, Göring, nachstehendes Schreiben gerichtet:

Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagssitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herren Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst.

Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Beschlußfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der in Art. 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstoßen."

Ein neues Ebert-Denkmal in der Pfalz

Das neue Denkmal, das jetzt in Zweibrücken (Pfalz) zum Gedenken an den ersten Präsidenten der deutschen Republik feierlich eingeweiht wurde. Das Denkmal zeigt die Porträts des Reichspräsidenten Ebert (vorn), Rathenau (links) und Erzberger (rechts). Die Rückseite trägt die Inschrift: „Den großen Führern der deutschen Republik".

Enthüllung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmals

OLD. **Zweibrücken,** 11. Sept. Zu einer großen **Grenzlandkundgebung** gestaltete sich die heutige Feier der Enthüllung des Denkmals, das in der Stadt Zweibrücken für die Staatsmänner **Ebert, Erzberger** und **Rathenau** errichtet worden ist. Bereits am Samstag abend trafen große Kolonnen von Lastkraftwagen und Omnibussen mit auswärtigen Teilnehmern ein. Die Abendveranstaltung auf dem Rennplatz des Pfälzischen Rennvereins wurde durch heftigen Gewitterregen beeinträchtigt, doch brachte dafür der Sonntag heiteres Wetter. Im Laufe der frühen Morgenstunden kamen bereits **Tausende von Reichsbannerleuten** und sonstiger Festteilnehmer, teils mit den Eisenbahnzügen, teils auf Transportautos. Sämtliche Städte der Pfalz waren vertreten, so **Pirmasens, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Landau, Speyer, Frankenthal** und

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Bunter Abend

Noch einmal vereinigte sich das gesamte Solopersonal der Sommeroperette, Orchester, Chor und Ballett, tatkräftigst unterstützt von einer Anzahl Mitgliedern des Landestheaters zu einem heiterfrohen, festlichen Abschluß der diesjährigen Spielzeit. Als ob sie dem Publikum den Abschied möglichst schwer machen wollten, um bei den Karlsruhern immer unvergessen zu bleiben, gab die Künstlerschar in den beiden **Bunten Abenden** am Samstag und Sonntag das Beste vom Besten, zeigten Sängerinnen und Sänger, Tänzerinnen und Tänzer noch einmal Spitzenleistungen ihrer Kunst, geführt und gestützt von dem vorzüglichen Orchester unter Kapellmeister Kurt Sterns gewandter und sicherer Leitung. Erschrak man zuerst beim Anblick des Programms mit seinen 19 Nummern, so verstand jedoch die szenische Leitung Emil Reißners den Ablauf so abwechslungsreich, so unterhaltend zu gestalten, daß um halb 12 Uhr bei Schluß des Bunten Abends nicht ein befreites Aufatmen, sondern nur ein allseitiges „Schon vorbei?“ zu hören war.

Es war gute Unterhaltung, die geboten wurde. Herr Dr. Bracht hätte zwar da und dort wohl Bedenken gehabt, aber ein bunter Abend ist schließlich keine Betstunde, vielmehr eine Sache, die eben, wenn sie zünden und wirken soll, auch gut gewürzt gehört. Rudolf Schmittbenner war ein geistreicher, witziger „Brückenbauer“, der Verbindungsmann zwischen den einzelnen Teilen des Programms; er wußte bestens zu unterhalten und verstand, Niveau zu halten. Daß Ida Bauer, Egid Toriff, Kurt Schöntaler, Adele Eberl, Otto Schnitzer, Alfred Fierment aus ihren reichen Repertoiren nur die Glanzstücke ausgesucht hatten, um sie dem Publikum zu servieren, bedarf kaum einer Betonung. Niemand kam dann auch ohne eine Dreingabe weg. Karlheinz Löser von der Oper hatte mit seinemk Couplet auf Karlsruhe einen Sondererfolg, wie Karl Mehner vom Schauspiel mit seinem „Mannemer Schnitzer“, vor allem mit seinen Geschichten vom Blumen-Peter, einem berühmten Mannheimer Original, fast nicht mehr von der Bühne wegkam, solchen Erfolg hatte er mit seiner naturechten Wiedergabe des Mannheimer Dialekts. Einen großen Teil des Programms bestritt das Ballett unter Führung des neuen Ballettmeisters des Landestheaters, Ferry Dvorak. Der Ballettmeister zeigte ein außerordentliches tänzerisches Können, er verstand, all seinen Darbietungen eine stark persönliche Note zu geben, er ist also ein Führer, und riß damit auch seine Gefolgschaft zu Höchstleistungen mit. In modernen Tänzen ließen Adele Eberl und Emil Michutta ihren grotesken und akrobatischen Einfällen die Zügel schießen. Es ist schlechterdings unmöglich, alle Einzelheiten aus dem buntgemischten Programm anzuführen. Es genügt, festzustellen: das vollbesetzte Haus war voll befriedigt; es geizte nicht mit Beifall, es gab viele Blumen, den Gebern wie den Beschenkten wird der Abend in bester Erinnerung bleiben.

*

(:) **Promenadekonzert.** Die Badische Polizeikapelle veranstaltet morgen Dienstag, den 13. September, von 12 bis 13 Uhr auf dem Schloßplatz ein Promenadekonzert. Obermusikmeister Heisig, der nach einer schweren Krankheit wieder genesen ist, wird dieses Konzert erstmals wieder leiten.

(:) **40jähriges Dienstjubiläum.** Herr Obermeister Bernhard Dohmen kann heute, wie uns die Berka mitteilt, bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken A.-G. in Karlsruhe auf eine 40jährige Diensttätigkeit zurückblicken. Während dieser langen Zeit erfreute sich der Jubilar bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern stets der vorzüglichsten Hochachtung und Wertschätzung.

Lichtspielhäuser

Residenz-Lichtspiele Karlsruhe, Waldstraße 30

Heute, Dienstag, läuft das Lustspiel der Ufa mit Operneinlagen, ein Tenorfilm „Das Lied einer Nacht“ in den Residenz-Lichtspielen an. Jan Kiepura, der Heldentenor, das Stimmwunder und Mitglied der Mailänder Scala, spielt in diesem Film die Hauptrolle. Die märchenhaft reiche, phänomenale Stimme dieser internationalen Tenor-Kanone kommt, jeden technischen Beigeschmacks entkleidet, in wundervoller Rundung und Fülle in diesem Tonfilm „Das Lied einer Nacht“ zur vollsten Geltung. Einmal, bei einer Steigerung der Bohème-Arie, ist man von einem bis ins ungemessene schwellende Crescendo geradezu überrascht. Unter den Filmen, die das Stimmphänomen eines begnadeten Sängers in alle Welt tragen, ist dieser mit weitem Abstand der beste, ja, mit einem Wort: Internationale Klasse. — Die Handlung ist von soviel munteren Einfällen durchsetzt, die reichlich bemessene Singerei so geschickt eingebaut, daß der Film bis zum Ende amüsant und fesselnd bleibt. Die Bilder sind ausgezeichnet photographiert, und es ist von prächtig gewählten landschaftlichen Motiven weitgehendst Gebrauch gemacht. Wundervolle Aufnahmen aus Locarno und Lugano, nächtliche Seeaufnahmen von atmosphärischer Tiefe sind als Kontrapunkt unter die Schlager-Melodien gelegt.

Dazu noch ein sehr interessantes Beiprogramm und die neueste Ufa-Ton-Wochenschau

„Die Liebes-Filiale“ im Gloria-Palast

Der bestens bekannte Lustspiel-Regisseur Carl Heinz Wolff inszenierte unter dem Titel „Die Liebesfiliale“ ein flottes, schmissiges Lustspiel. Als Hintergrund nahm er diesmal das großstädtische Milieu moderner Hotels und Bars der Riesenstadt Hamburg. Sogenannte „Geschäftsfahrten“ nach Hamburg, die ein junger Ehemann glaubt, nicht unterlassen zu können — gewöhnlich Seitensprünge genannt, bringen Konflikte, die den Reiz der überaus lustigen Handlung bis zur Höchstgrenze steigern. Der beachtliche Reichtum an neuen, sehr netten Melodien (Komponisten Austin Egen und Bert Reisfeld) machen diesen neusten Tonfilm besonders wertvoll. Nicht zu vergessen ist das liebenswürdige Spiel der Anny Ahlers. Sehr gut auch das junge Ehepaar Johannes Riemann und Lotte Neumann. Im Beiprogramm sieht man noch ein tränenerpressendes Lustspiel „Tary, Tary“ und die beliebte, stets aktuelle Fox-Woche.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein Zwischenhoch schiebt sich gegenwärtig nach dem Festland vor. Ihm folgt aber auf dem Ozean eine neue kräftige Zyklone, die eine längere Besserung des Wetters bei uns verhindern wird. Die allgemeine Wetterlage hat jetzt einen ausgesprochenen herbstlichen Charakter mit veränderlichen und zeitweise stark windigem Westwetter angenommen.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 14. September 1932: Veränderlich, erneut auffrischende Südwestwinde und später auch Niederschläge. Temperaturen etwas anziehend.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 228, gef. 5; Rheinweiler —165, gef. 16; Kehl 238, gef. 5; Maxau 386, gef. 8; Mannheim 255, gef. 9; Caub 167 Zentimeter.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile; Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Veranstaltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zu Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe

F.T.K. Ab heute **Wiederbeginn des Turnbetriebs** in allen Abteilungen. 4548

Lassallia. Heute abend 8 Uhr **Gesamtprobe.** 4549

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: i. V.: J. Eisele; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Resi Waldstraße 30

4.00 6.20 8.45

Es wird höflichst gebeten, die Anfangszeiten einzuhalten.

Heute ein Film, auf den Sie warten! Ein Film, der alle begeistert!

Ein bahnbrechender Ufa-Spitzenfilm

Das Lied einer Nacht

mit dem weltberühmten **Heldentenor** der Mailänder Skala

Jan Kiepura

der eine ganze Welt entzückt.

Ungeheure Begeisterung! Eine neue Sensation auf dem Gebiete der Tonfilmkunst

Herrlich! Unbeschreiblich schön! Wunderbar: so urteilt das Publikum.

Weitere Hauptdarsteller: **Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg, Ida Wüst / Margo Lion, Julius Falkenstein**

Jugendliche haben nachmittags 4 Uhr Zutritt.

Frei-Aufnahmen: Lugano und Locarno

Karlsruhe wird singen: „Heute Nacht oder nie Sollst du mir sagen nur das eine“

Ueberall Rekordbesucherzahlen

Alles für *Herbst 1932*

Neu eingetroffen

Wundervolle, neue Woll- und Seiden-

STOFFE

für Mäntel u. Kleider

Gediegen die Qualitäten
Groß die Auswahl
Billig die Preise!

4538

Leipheimer & Mende

Ich brauche nur Hummels Rasiermesser

Karl Hummel, Werderstr. 13

4539

Von der Reise zurück

Dr. Alfons Fischer

Arzt für innere Krankheiten

Herrenstr. 34 Fernsprecher 1091

Zurück

Dr. med. O. Sitzler

(Hals-, Nasen- und Ohrenkranke)

Telefon 4758 Waldstraße 8

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau unsere gute Mutter

Margaretha Sommer

geb. Meschenmoser

heute morgen um 4 Uhr nach kurzem aber schwerem Leiden im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Karlsruhe, 13. Sept. 1932

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emil Sommer u. Kinder

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 5 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof.

Trauerhaus: Geibelstr. 16 4551

Stadtgarten

Mittwoch, 14. Sept., von 16—18½ Uhr

Streich-Konzert

Philharmonisches Orchester

Verbill. Eintrittspreise

Dankſagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene wohltuende Teilnahme an unserem schmerzlichen Verlust, sagen wir innigen Dank.

Besonderen Dank dem Herrn Prediger der freireligiösen Gemeinde, der Betriebs-Abtg. des Städt. Gas-, Wasser- u. Elektr.-Amts, Herrn Dr. Wöhrle, der Arbeiterschaft und Kollegen, dem Gesamtverband, der Sozialdemokr. Partei und dem Arb.-Radf.-Verein „Solidarität“.

Karlsruhe (Rheinstr. 25), 12. Sept. 1932

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Frida Gaißert geb. Lutz und Angehörige

Wie? Aber selbstverständlich

Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen

Städt. Schwimm- und Sonnenbad

beim Rheinhafen 1043

ab Donnerstag, den 15 September 1932

geschlossen

Reparaturen an Polstermöbeln und Matratzen werd. bill. u. reell erled. bei **A. Kammerer,** Bürgerstraße 5. 4470

Suche auf sof. od. 1. Okt. ein **Dienstmädchen** für Wirtschaft und Landwirtschaft. 4540 **M. Waibel,** Eggenstein

Guterh. 2-räd. **Handwagen** zu verkaufen. **Daxlanden,** Pfarrstraße 23. E1623

Hosen, Joppen neu u. gebr. spottbill. **Zähringerstraße 53a, II**

Gewerbeschulen I u. II

Karlsruhe, Adlerstraße 29 • Fernsprecher 7800/7801

Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung
Fach- und Weiterbildungskurse 1932/33

Beginn der Kurse — bei genügender Beteiligung — Anfang Oktober 1932

Kursgebühr RM. 14.— 1041

Anmeldungen täglich während der Bürostunden bis spätestens 24. ds. Mts. auf der Schulkanzlei (Zimmer 66) II Stock. **Die Direktionen**

Das Stoffbüro II der Reichsbahndirektion Karlsruhe **versteigert** Donnerstag, 15. Sept. 1932 beginnend 8⁰⁰ im Gerätehauptlager Karlsruhe, Eingang Wielandtstraße, gegen Barzahlung **alte Geräte,** darunter: Tische, Bänke, Schränke, Karren, Schraubstöcke, Winden, Roßhaar, Abfallholz, Altmetalle. 1087

Gut möbl. **Zimmer** sofort oder später zu vermieten. Zu erf. unt. B1621 an d. Volksfrd.

Schönes leeres Zimmer an ruhigen Herrn **zu vermieten.** Adr. zu erfr. unt. W 1622 im Volksfr.

Möbl. Zimmer mit 1 oder 2 Betten event. Küchenbenützung sofort billig zu verm. Markgrafenstr. 40 II, Steinle.

Ein **Nivellierinstrument** zu kaufen gesucht. Preisang. unt. D1617 an den Volksfreund.

Atelierschrank auch f. Wäsche mit Schieber in Tannenholz 1,10 breit, 1,65 hoch, 0,75 tief, zu verkaufen. Akademiestraße 46 IV

Weißer **Kohlenherd** und Trumeau verkauft Kaiserallee 77a, III.

Herrenfahrrad gut erhalten, Moltfatz 43 I billig abzugeben oder zu tauschen geg. Winterkartoffel. Zu erfrag. unt. B1618 im Volksfr.

Extra starkes Marken-**Dam.- u. H.-Rad** spottbillig zu verkaufen. **Durlach,** Kelterstr. 7

Marken-Herrenrad mit Torpedofreilauf 1. gut erhalten für 20 ℳ zu verkaufen Kriegsstraße 278, IV, rechts

Schlafzimmer gebr. gut erhalten, billig zu verkaufen. Angeb. unt. **Nr. 4541 a. d. Volksfrd.**

Rheinexpress für Stadt und Land!

Nr. 30 ist erschienen!

Er kostet nur 10 Pfennig

Aus dem Inhalt: Politische Umschau / Bilder der Woche / Ist das noch politischer Kampf? / Spanische Bettler / Moskau / Waffenstillstand an der Tiroler Front / Zermatt, ein irdisches Paradies / Roman / Erdbeben in Managua / Die praktische Hausfrau / Kinderland.

Jeder werbe dauernde Leser

Der Rheinexpreß ist in der Volksfreundbuchhandlung und bei unseren Filialleitern zu haben.

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 14. September, 20 Uhr, im „Elefanten“

Hauptversammlung

Tagesordnung

Der Reichstag ist aufgelöst

Referent: Gen. **Remmele** M.d.R.

Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch der Versammlung eingeladen. **Der Vorstand.**

4550

Mehrere große Räume im **Friedrichsbad,** Kaiserstr. 136, in denen bisher eine Kundenwäscherei betrieben wurde, mit Waschmaschine usw. **zu vermieten.** 1044

Städt. Badverwaltung

Gaggenauer Anzeigen

Die Leistung der Schöffen- und Geschworenendienste betreffend.

Das Verzeichnis derjenigen Einwohner, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt von heute an während 8 Tagen im Rathaus, Zimmer Nr. 8, zu jedermanns Einsicht auf. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste kann schriftlich oder zu Protokoll Einsprache erhoben werden. Die Einsprache kann sowohl den Eintrag nicht einzutragender als auch die Uebergehung einzutragender Personen zum Gegenstand haben.

In das Verzeichnis werden alle mit Ausnahme der Religionsdiener über 30 Jahre alte Personen ohne Unterschied des Geschlechtes aufgenommen, vorausgesetzt, daß sie seit 2 Jahren ihren Wohnsitz hier haben und keine Armenunterstützung beziehen, welcher im Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte sind und endlich diejenigen Personen, welche infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen an der Ausübung dieses Amtes nicht verhindert sind.

Personen, die nach § 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Berufung zum Amte ablehnen dürfen, können ihre dahinbezüglichen Gesuche ebenfalls innerhalb obiger Frist dahier anbringen. 1042

Gaggenau, den 12. September 1932.

Der Bürgermeister: Schneider.